"Ernst Thälmann, der ging uns voran..." Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 33 vom 17. August 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Im Geiste



Demonstration zum 30. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, Hamburg 17. 8. 1974, 10 Uhr Osterstr./Heußenweg. Auf der Abschlußkundgebung spricht der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust.

Ein Lügner, Betrüger und Gauner

Nixon-ein würdiger Vertreter des US-Imperialismus

Er ist in einen Einbruch verwickelt, hat gelogen wie gedruckt, alle Welt als „Arschloch" beschimpft und sich durch verschiedene andere Gaunereien ausgezeichnet. Ein Mann, mit dem sich kein ehrlicher Mensch an einen Tisch setzen würde. Aber dieser Mann, Richard Nixon, war mehr als fünf Jahre lang Präsident der Vereinigten Staaten. Noch seine letzte Amtshandlung als Präsident, sein Rücktritt, war ein Gaunerstück. Mit diesem Rücktritt nämlich, rechtzeitig vor dem Beginn des Impeachments, verdiente sich Nixon 360 000 Dollar im Jahr, zahlbar aus den Steuergeldern der amerikanischen Werktätigen.

Daß Nixon, Präsident einer der beiden mächtigsten imperialistischen Staaten der Welt, entlarvt als gerissener Gauner zurücktreten muß, ist zweifellos ein schwerer Schlag nicht nur für den US-Imperialismus selber, sondern für alle Imperialisten der Welt. Nicht umsonst zum Beispiel sahen sich die sowjetischen Sozialimperialisten gezwungen, dem sowjetischen Volk die Verwicklung Nixons in die Watergateaffaire zu verschweigen. Denn die Verwicklung Nixons in diesen Skandal liefert für viele Menschen den letzten Beweis, daß der Imperialismus und besonders der US-Imperialismus, der sich gerne als die „älteste Demokratie der Welt" präsentiert, bis auf die Knochen korrupt, faul und morsch geworden ist. „Die beiden Oberherren", sagte Genosse Tschou En-lai auf dem X. Parteitag der KP Chinas, „sind ins Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten und haben es immer schwerer. Sie befinden sich in einer Lage, die durch die Verszeile illustriert wird: ‚Da stehst du machtlos da, die Blüten fallen nieder' ." Daß die US-Monopole ihre Marionette Nixon, denn nichts anderes ist der Präsident der Vereinigten Staaten, nach 5 Jahren Amtszeit so zerrupft und zerzaust fallen lassen mußten, ist ein Ausdruck dieser wachsenden Schwierigkeiten.

Im verzweifelten Bemühen, zu vertuschen, daß Nixons Dilemma das Dilemma des Imperialismus ist, versucht die Bourgeoisie, Watergate zu einem „Härtetest" der amerikanischen Demokratie hochzuspielen. Wahrhaftig, ein schlagender Beweis für die „Festigkeit der westlichen Demokratien", wenn sie den Werktätigen als Trumpf-Ass jetzt schon anbieten muß, daß sie ihren Regierungschef des Diebstahls, der Lüge und der Korruption überführt hat. Nein, Nixon ist nicht das „schwarze Schaf" der amerikanischen Demokratie, er wurde nicht fallen gelassen, weil er im Widerspruch zu seinen Herren, den amerikanischen Monopolherren stand. Es ist nicht paradox, wenn jetzt schon wenige Tage nach seinem Rücktritt die bürgerliche Presse davon spricht, daß er im Grunde ja doch ein sehr guter Präsident war. Er war, in seiner ganzen Korruptheit, im Grunde tatsächlich genau der richtige Präsident für die US-Imperialisten. Daß er es nicht bleiben durfte, liegt daran, daß nach 5 Jahren Amtszeit bereits seine demokratische und friedliebende Maske zu sehr zerfetzt und das wahre Gesicht des räuberischen amerikanischen Imperialismus für alle Welt zum Vorschein gekommen ist.

Es wird den US-Imperialisten mit ihrer nagelneuen Charaktermaske Ford nicht gelingen, ihr Ansehen wieder hochzupäppeln. Denn korrupt und verdorben ist das System. Überall, wohin der US-Imperialismus seine gierigen Finger ausstreckte, um angeblich den Völkern das „Heil der Demokratie" zu bescheren, hat er sie ausgeplündert, unterdrückt und seine widerliche Spur des „american way of life" hinterlassen. Saigon ist eines der abstoßendsten Beispiele dafür, wie mit dem Eindringen des US-



Militante Demonstranten: „Schmeißt den Arsch raus – Organisiert euch zum Kampf!" Sie kämpften gegen den USA-Imperialismus

Fortsetzung auf Seite 2

Der Nährboden für die Seuchen ist der Imperialismus!

Tod, Schwachsinn, Blindheit, das sind die Folgen der ansteckenden Hirnhautentzündung (Meningitis). In Brasilien, Argentinien und Finnland sind dieser Seuche in kurzer Zeit hunderte von Menschen zum Opfer gefallen. In den Elendsvierteln der portugiesischen Städte wütet die Cholera, in Bangla Desh hat sie schon über 500 Menschen getötet. Viele Menschen in unserem Land sind besorgt, daß sich diese ansteckencen Krankheiten auch hier ausbreiten können. Wie kommt es, daß es immer noch Cholera, Hirnhautentzündung, Pocken usw. gibt, obwohl die Medizin Mittel genug zur Verfügung hat, um diese Krankheiten auszurotten?

Am häufigsten gibt es diese Krankheiten in den sogenannten unterentwickelten Ländern, in Indien, Bangla Desh, Südamerika oder Afrika. Der Nährboden für die Seuchen sind die unglaubliche Armut, der Hunger, das Elend, das Fehlen von Krankenhäusern, Ärzten und Medikamenten für die Armen. In den Slums von Sao Paulo oder Rio de Janeiro wohnen hunderttausende von Menschen auf engstem Raum, ohne Wasser und Kanalisation, kaum ein Dach über dem Kopf. In Kalkutta z. B. verhungernjeden Tag Menschen, tausende schlafen auf der Straße und sind immer nahe am Hungertod. Man muß sich vorstellen, daß diese Menschen in die Stadt gekommen sind, weil es ihnen auf dem Land noch schlechter ging.

Die Seuchen sind, genausowenig wie die Verhältnisse, die sie hervorbringen, die Schuld der Völker. Ihre Ursache sind auch nicht die ungünstigen klimatischen Verhältnisse, Hitze und Regen oder die Überbevölkerung. Jahrhundertelang wurden diese Länder von einigen Großmächten ausgeplündert, das Volk ins Elend gestürzt und grausam unterdrückt. Heute ist es vor allem die Aggression, Ausplünderung und Unterdrückung von Seiten der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, die auch die Seuchen zur Folge haben.

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Faschistischer Anschlag im Auftrag des Kapitals ..... S. 2
Neue Notstandsmaßnahme ..... S. 2
„Wenn der Feind uns bekämpft..." ..... S. 2
GRF zu Arbeitsgerichten ..... S. 3
Siemens/Witten ..... S. 3
Gen. Volker gegen Daimler-Benz-Bosse S. 3
Holländische Bauerndemonstrationen verboten ..... S. 4
FIS-Kongreß ..... S. 4
Cypern-Veranstaltung in Düsseldorf S. 4
Chile ..... S. 5
Vietnam ..... S. 5
„Ernst Thälmann, der ging uns voran..." ..... S. 6
Isolationshaft bewiesen ..... S. 7
Folter in Mannheimer Gefängnis ..... S. 7
Von der Polizei bis in die Wohnung verfolgt und mißhandelt ..... S. 7

5 Ausgaben des ROTEN MORGEN beschlagnahmt, Parteibüros durchsucht, Verkäufer festgenommen...

"Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht!"

„Beschlagnähmt" – von den letzten 7 Ausgaben des Roten Morgen erhielten 5 dieses Ehrenprädikat vom Klassenfeind. Der Duisburger Polizeipräsident beehrt den Roten Morgen seit Wochen mit der Bekanntmachung, daß er sich stellvertretend für die gesamte Duisburger Polizei durch Artikel im Roten Morgen beleidigt fühle. Amtsgerichte von Dortmund bis München widmen dem Zentralorgan unserer Partei ihre besondere Aufmerksamkeit. Ja selbst die Deutsche Presseagentur, deren Redakteure normalerweise auf Augen und Ohren zu sitzen scheinen, wenn es um Ereignisse geht, die in irgendeinem Zusammenhang mit unserer Partei stehen, verbreitete am 4. 8. eine Ente, nach der die Bielefelder Polizei an jenem Sonntag in einer „Blitzaktion" die Redaktionsräume des Roten Morgen durchsucht und alle erreichbaren Exemplare des Roten Morgen beschlagnahmt haben soll, weil im Roten Morgen angeblich die Behauptung aufgestellt worden sein soll, die Polizei habe zwei Genossen unserer Partei ermordet. Durchsucht wurde in Wirklichkeit einige Tage zuvor das Bielefelder Parteibüro, wobei der Polizei 130 RM-Exemplare in die Hände fielen, die natürlich prompt beschlagnahmt wurden. Am 5. 8. erschien die Polizei erneut im Bielefelder Parteibüro, beschlagnahmte erneut einige Exemplare des RM und die „Rote Hilfe" Nr. 25 und kündigte an, sie wolle zukünftig dem Parteibüro jede Woche einen Besuch abstatten.

Die Beschlagnahmebescheide, Strafbefehle oder Ermittlungsbeschlüsse, die dem Verleger, der verantwortlichen Redakteurin und den Verkäufern des Roten Morgen ins Haus kommen, beziehen sich allesamt auf Textpassagen, die mit dem Tod des Genossen Günter Routhier in Zusammenhang stehen. Z. B.: „So sehr fürchten sie die durch den Mord an Genossen Routhier und den Kampf der KPD/ML wachgerüttelte Öffentlichkeit..." Bleibt die Frage, wen der bundesweite Amoklauf gegen unser Zentralorgan und damit gegen unsere Partei eigentlich davon überzeugen soll, daß die Bourgeoisie und ihr Staatsapparat den Roten Morgen und die Partei nicht fürchten?

Genosse Mao Tsetung hat festgestellt: „Ich bin der Meinung, daß es für uns (...) schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke stecken. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat."

Von den letzten 7 Ausgaben des Roten Morgen 5 beschlagnahmt – das ist einerseits ein schwerer Angriff des Klassenfeindes auf die Partei, der Versuch, die Partei über das faktische Verbot ihres Zentralorgan in die Illegalität zu drängen. Andererseits ist das aber auch durchaus gut für uns. Was werden z. B. jene Kollegen, die Woche für Woche lesen oder hören „Roter Morgen beschlagnahmt", davon halten, daß die UZ Tag für Tag völlig unbehelligt nach Mitbestimmung, Zurückdrängung der Monopole usw. plärren darf? Daraus gibt es doch nur einen Schluß: die UZ, die Zeitung der D„K"P-Revisionisten, ist für die Kapitalisten und ihren Staatsapparat nicht gefährlich, während der Rote Morgen, das Zentralorgan der KPD/ML, für die Kapitalisten und ihren Staat offensichtlich so gefährlich ist, daß er seine Polizei in aller Frühe vor die Betriebe hetzt, um den Verkauf des Roten Morgen zu verhindern.

Der Rote Morgen ist für die Bourgeoisie gefährlich weil er als wichtigstes Propagandainstrument der Partei den revolutionären Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung propagiert, weil er die anschwellenden Kämpfe der Werktätigen auf dieses Ziel hin orientiert. So auch in der Kampagne gegen den Mord an unserem Genossen Günter. Ein Kommunist wurde bei einem Arbeitsgerichtsprozeß erschlagen. Der Rote Morgen gibt der Empörung über diesen Mord Ausdruck und er erklärt gleichzeitig, daß der Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht kein Einzelfall, kein Übergriff war. Er zeigt auf, wie der Polizeiterror sich in den letzten Jahren verschärft hat, daß die Polizei immer direkter als Bürgerkriegstruppe des Kapitals gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eingesetzt wird.

Die Partei ruft durch den Roten Morgen zum Protest gegen diesen Mord, zum Kampf gegen den Polizeiterror auf. Gleichzeitig erscheint das Referat des Genossen Ernst Aust „Tod dem Faschismus" im Roten Morgen. Die Partei legt dar, daß die Verschärfung des Polizeiterrors keine willkürliche Entwicklung ist, sondern im Rahmen der allgemeinen Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates, durch die die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft vor dem Ansturm der revolutionären Arbeiterbewegung retten will. Sie entlarvt die von den D„K"P-Revisionisten propagierte Theorie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus, indem sie zeigt, daß die Kapitalistenklasse sich bereits jetzt rüstet, den Kampf der Arbeiterklasse durch die Errichtung der faschistischen Diktatur gewaltsam zu unterdrücken. Er zeigt, daß nicht von irgendeinem ominösen Rechtskartell hauptsächlich die faschistische Gefahr ausgeht, sondern daß der imperialistische Staat selbst die Faschisierung vorantreibt, daß wer den Faschismus bekämpfen will, für die proletarische Revolution, für die gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staates, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpfen muß: „Genosse Günter unser Schwur: proletarische Diktatur!"

Gewiß sehen die meisten Kollegen die Politik der Partei noch nicht voll ein. Aber die Kapitalisten wissen: Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen. Der Schwur der 5 000 am Grabe Günters kann morgen Millionen erfassen. Die heute über den Terror empört sind, aber den Charakter des imperialistischen Staates und der von ihm betriebenen Faschisierung noch nicht voll erkannt haben, werden sich mit der weiteren Zuspitzung der Klassenkämpfe und dem weiteren Kampf der Partei in die Front einreihen. Darum versucht die Bourgeoisie schon heute die Verbreitung der revolutionären Linie unserer Partei durch die Beschlagnahmungen des Roten Morgen zu verhindern. Aber der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße. So mancher Kollege wird sich denken: nur Hunde, die getroffen sind, heulen.

Bombenattentat auf Schnellzug in Italien

Faschistischer Anschlag im Auftrag des Kapitals

Am 4. August haben die Faschisten in Italien durch ein weiteres Bombenattentat, diesmal auf einen Schnellzug, 12 Menschen ermordet. Die Toten von Mailand und Brescia sind noch in aller Erinnerung. Die italienischen Faschisten, die MSI und ihre legal-„illegalen" Schein- und Tarnorganisationen werden von Mal zu Mal dreister und frecher. Wie kann es zu derartig scheußlichen Verbrechen kommen, wie ist es möglich, daß die italienischen Werktätigen, die die Schrecken des Mussolini-Faschismus und des 2. Weltkrieges noch allzu genau kennen, heute wieder von faschistischen Mord- und Totschlagsbanden in solchem Ausmaß bedroht werden?

In Italien folgt eine bürgerliche Regierung auf die andere in immer schnellerem Wechsel, die italienische kapitalistische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise: 18 % Lira-Entwertung, Preissteigerungen von 20 % in einem Jahr, Produktionssenkung, Investitionssenkung, ins Unerträgliche steigende Arbeitslosigkeit – all das ist der Ausdruck davon, daß Italien von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Krise des Imperialismus schwer getroffen wird. Die italienische Arbeiterklasse schließt sich angesichts der immer heftigeren Versuche der Kapitalisten, die Krise auf ihrem Rücken auszutragen, in immer machtvolleren Aktionen zusammen und stellt für das gesamte Herrschaftssystem des italienischen Kapitalismus dadurch eine immer größere Bedrohung dar.

Deshalb züchtet sich das italienische Kapital, die Großfinanz usw. die faschistischen Mordbanden heran, von denen die MSI nur das parlamentarisch „wohlanständige" Aushängeschild ist. Die KPI (M-L) (PCd'I m-l) weist in ihrem Zentralorgan „Nuova Unita" immer wieder darauf hin, daß der US-Imperialismus und der CIA dabei ihre schmutzigen Finger im Spiel haben.

Durch tausend Fäden sind die faschistischen Horden mit dem italienischen Staatsapparat verfilzt. Keines der obengenannten Attentate, die auf das Konto der Faschisten gehen, hat deshalb bisher seine Sühne gefunden, und das liegt auch ganz im Interesse des Kapitals und seines Staates. Mit offener Duldung des Kapitals und seiner Staatsorgane legen die italienischen Faschisten militärische Lager, Waffendepots usw. an und träumen von einem neuen Marsch auf Rom, der damals Mussolini an die Macht gebracht hat.

Die Schwarzhemden der Neo-Faschisten wenden die Taktik an, durch ihren eigenen Terror Unruhe zu stiften, um sich dann als Ordnungshüter aufspielen zu können. Die Grabes„ordnung" der faschistischen KZ's und imperialistischer Krieg – das sind die Mittel, mit denen sich der italienische Kapitalismus der anstürmenden Massenkämpfe der Werktätigen letztlich zu erwehren sucht.

Die direkte „Mutter" der MSI-Faschisten und damit all derer, die sich in dieser Bewegung in der einen oder anderen Form sammeln, die „Democrazia Christiana", hat der MSI zur Legalität und zur Vertretung im Parlament verholfen. Jetzt schreien die Väter der ganzen faschistischen Brut, die italienischen Kapitalisten und ihre politischen Vertreter, alle bürgerlichen Parteien einschließlich eben der Democrazia Christiana, in übler Demagogie nach Bestrafung der faschistischen Terrorakte, ein Chor, in denen die MSI-Faschisten sogar noch selber einstimmen. Doch das tun sie alle nur deswegen, um ihren bürgerlich-„demokratischen" Schein zu wahren.

Dabei ist das Spiel der „K"PI (P„C"I) besonders schmutzig. **Diese Arbeiterverräter der revisionistischen Führung der „K"PI mißbrauchen den antifaschistischen Willen ihrer eigenen Basis, indem sie gegen die drohende faschistische Gefahr den bürgerlich-parlamentarischen Weg der Reformen und den Weg eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus als Ausweg anpreisen.** Als wenn die italienischen Kapitalisten und ihr Staat die faschistischen Horden, die sie sich ja selber herangezogen haben, freiwillig wieder abschaffen würden!

Die KPI(M-L) hat diesen Verrat des antifaschitischens Kampfes durch die „K"PI-Revisionisten immer entlarvt. Sie sagt, daß die „K"PI-Revisionisten den wahren, kapitalistischen Klassencharakter des Faschismus leugnen und so die Arbeiterklasse für den antifaschistischen Kampf entwaffnen. **Die KPI(M-L) fordert demgegenüber auf zur Bildung von antiimperialistisch-antifaschistischen Komitees. Durch den Kampf der Massen unter der Führung der KPI(M-L) kann der drohende Faschismus in Italien durchaus verhindert werden.** Denn trotz der zahlreichen Schwierigkeiten für die italienischen Antifaschisten, trotz der heftigen Krise, die das italienische Volk trifft, kann dieses nicht vom antifaschistischen Kampf abgehalten werden. **In diesem Kampf wird das italienische Volk mit der Hilfe und Solidarität aller Kommunisten und Antifaschisten der Welt rechnen können.**

Neue Notstandsmaßnahme

Befehle der Bourgeoisie ohne parlamentarische Umwege an das Volk

In Zukunft sollen Gesetze und Rechtsverordnungen schon dann in Kraft treten, wenn sie im Rundfunk, in der Tagespresse, durch Aushang oder "sonstige allgemeine Bekanntmachung" verkündet werden. Die Bundesregierung hat jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Bisher war es so, daß ein Gesetz erst dann gültig war, wenn es im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Warum will die Bourgeoisie ihre Befehle jetzt dem Volk direkt, ohne Umwege geben?

Genosse Ernst Aust sagte: "Am liebsten ist es der Bourgeoisie, am stärksten ist sie, wenn sie den ungetrübten Schein einer persilweißen sogenannten bürgerlich - parlamentarischen Demokratie aufrechterhalten kann."

Diese bürgerliche-parlamentarische "Demokratie" setzt bestimmte Reglen voraus, wie z.B. die angeblich strenge Trennung zwischen Parlament, Regierung und Gerichtsbarkeit, den "drei Gewalten", die sich gegenseitig kontrollieren sollen. Das ganze Verfahren der Gesetzgebung, die verschiedenen Lesungen und Abstimmungen im Parlament, im Bundesrat, die Unterschrift des Bundespräsidenten und schließlich die feierliche Verkündung im Bundesgesetzblatt, soll vertuschen, daß hier die Bourgeoisie herrscht, daß das ihr Parlament, ihre Regierung, ihre Gerichte und Gesetze sind.

Das Gesetz zeigt erneut, daß die Bourgeoisie diese Form ihrer Herrschaft Schritt für Schritt abbaut, daß sie darangeht, die umständlichen parlamentarischen Prozeduren zu beseitigen. Das Abstreifen der parlamentarischen Formen ihrer Herrschaft, die Zentralisierung des Staatsapparates, das ist ein wesentlicher Bestandteil der Faschisierung. Das wird in dem Gesetzentwurf auch ganz klar gesagt. Es soll nämlich nur in 'Kriegssituationen' angewendet werden. Wenn die Bourgeoisie in Schwierigkeiten ist, wenn die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen durch ihren Kampf ihre Herrschaft erschüttern, dann tritt an die Stelle der feierlichen Verkündung eines Gesetzes der nackte Befehl in Rundfunk oder Fernsehen.

Bekanntlich war es auch eine beliebte Methode der Hitlerfaschisten, Tagesbefehle an das Volk auszugeben. Heute haben wir keine faschistische Diktatur. Wenn die Bourgeoisie trotzdem ein solches Gesetz verabschieden will, zeigt das, wie groß ihre Schwierigkeiten jetzt schon sind.

Nixon, ein Lügner, Betrüger...

Fortsetzung von Seite 1

Imperialismus Korruption, Bestechung, Verbrechen und Hurerei aufblühen. Saigon ist aber gleichzeitig einer der Orte, an dem die Welt angesichts des aufblühenden Lebens in den befreiten Gebieten Vietnams am deutlichsten spürt, daß die lärmenden amerikanischen Schlager nicht von Fröhlichkeit künden, sondern vom sicheren Untergang eines Systems, das von der Geschichte längst zum Tode verurteilt ist.

Diesem Schicksal können weder der US-Imperialismus noch die zweite Supermacht, der sowjetische Sozialimperialismus entgehen. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind zum Kampf erwacht und schließen sich immer mehr zusammen, unterstützen und ermutigen sich gegenseitig im Kampf.

Auch im deutschen Volk wird zunehmend klarer, daß der Imperialismus keine Perspektive mehr zu bieten hat. Gerade Watergate hat gezeigt, daß es mit dem imperialistischen System keinen Fortschritt gibt, daß Fortschreiten des Imperialismus nur heißen kann, tiefer hineinzusinken in den Sumpf der Barbarei. Je klarer dieses einzig wahre Gesicht der bürgerlichen Demokratie aber wird, desto leuchtender hebt sich die Welt des Sozialismus, wie sie uns in China und Albanien entgegentritt, als einzige Alternative dagegen ab. In dem Maße, wie einen Nixon, einen Breschnew als Vertreter des imperialistischen Systems die Verachtung und der Haß der Völker der Welt trifft, wächst die Sympathie für Persönlichkeiten wie Genossen Mao Tsetung und Enver Hoxha, in denen sich die aufsteigende Welt des Proletariats, befreit von Ausbeutung und Unterdrückung, verkörpert.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Genosse Volker widerlegt Lügen der Daimler-Benz Kapitalisten

Vor zwei Jahren, am 2. September 1972, demonstrierten in München 6000 Menschen unter Führung der KPD/ML am Roten Antikriegstag gegen den imperialistischen Krieg. Zwei Jahre später, am 8. Mai 1974, kommt die politische Polizei zu Daimler-Benz nach Sindelfingen. Sie holen Genossen Volker N. von der Vesper weg, drohen ihm mit gewaltsamer Festnahme und schleppen ihn zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Kripolabor nach Böblingen.

Dort werden ihm Fotos gezeigt, die beweisen sollen, daß er an der Roten Antikriegstagsdemonstration in München teilgenommen hat. Zwei Wochen später versuchen die Daimler-Kapitalisten, den Genossen aus dem Betrieb zu ekeln. Ein Gespräch wird geführt, er bekommt eine Verwarnung. Aber Genosse Volker und die Partei führen sofort den Kampf.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN - LENINISTEN

DAS ROTE BAND

Betriebszeitung der KPD/ML für Daimler-Benz, Sindelfingen

Das ROTE BAND, die Betriebszeitung der KPD/ML, veröffentlicht einen offenen Brief des Genossen, in dem er jedes einzelne Argument der Kapitalisten widerlegt; er schreibt unter anderem: „Die drei wesentlichen genannten Begründungen waren: 1. die schlechte Konjunkturlage, 2. zu häufiges Kranksein, 3. mehrfache Unpünktlichkeit und mangelndes Interesse für die Arbeit.

Zum ersten ist festzustellen, es ist eine Tatsache, daß vom 20. bis 24. Mai etliche Leute neu eingestellt worden sind. Sie aber klagen am 20. über schlechte Konjunktur. Die Abteilung Kantine ist knapp an Fahrern, was sich besonders in der Woche vom 17. bis 22. Juni bemerkbar gemacht hat.

Zum zweiten ist klar, daß Fehlzeiten wegen Krankheit nicht offiziell als Begründung für innerbetriebliche Disziplinierungsmaßnahmen oder sogar für die mir angedrohte fristlose Entlassung genannt werden dürfen — das verstieße sogar gegen die Gesetze dieses kapitalistischen Staates. Das aber als eine Begründung für die Versetzung überhaupt zu nennen und mich dann in die Lackiererei zu versetzen, einen Arbeitsplatz mit bekanntermaßen hohem Krankenbestand und entsprechend gesundheitsschädigender Arbeit — das zeigt, wie herbeigesucht und zynisch diese Gründe waren.

Zum dritten : ‚Unzureichende Arbeitsleistung' — befragen Sie einmal meine Kollegen aus der Abteilung Kantine, dann können Sie dieses Argument streichen". Und weil die Kapitalisten die angebliche Unpünktlichkeit nicht beweisen können, haben sie stattdessen die Krankenfehlzeiten von 1973 hervorgekramt.

Als Kommunist hat Genosse Volker allerdings gegen die Abschaffung des Achtstundentags und die Dauerüberstunden gekämpft. Sein revolutionärer Kampf, die Tatsache, daß er Kommunist ist, das ist der wirkliche Grund für seine Entlassung, für die Anklage durch die Bourgeoisie.

Aus Angst vor dem Kommunisten Volker verhängten die Daimler-Kapitalisten Hausverbot. Der Genosse ließ sich aber dadurch nicht einschüchtern. Das ROTE BAND berichtet: „Fast 2 Stunden konnte Genosse Volker mit seinen Kollegen in 3d reden, auch der Troß von schleimig freundlichen bis offen mit der Polizei drohenden Bütteln der Kapitalisten konnte daran nichts ändern. Im Gegenteil: Nachdem sie vergeblich versucht hatten, Volker von seinen Kollegen fernzuhalten, mußten sie sogar jeden einzelnen Kollegen von allen drei Spritzanlagen der Reihe nach ablösen lassen, damit er Gelegenheit habe, sich von Volker zu verabschieden."

SIEMENS:

MATTENLEGERINNEN BESCHLOSSEN:

"Wir werden ohne Entgelt nichts machen!"

Korrespondenz. An einem Freitag versammelten sich die Kolleginnen der Mattenlegerei bei Siemens in Witten in der Mittagspause, um über die Probleme in ihrer Abteilung zu sprechen. Eine Arbeiterin erzählte: „Demnächst sollen wir unsere Matten zurückbekommen, wenn mehr als 40 Fehler drin sind." Da nicht nachzuweisen war, daß die Fehler von den Legerinnen gemacht werden, beschloß die Versammlung: „Wir werden ohne Entgelt nichts neu machen!"

Als eine Woche später die ersten Matten zurückkamen, marschierte der größte Teil der Abteilung zum Betriebsratsbüro, wo gerade Betriebsratssitzung war. „Mensch, so viele", sagte eine Kollegin begeistert. Die ganze Unkerei — die anderen machen ja doch nicht mit — war vergessen.

Ein Teil des Betriebsrats war völlig entgeistert. Vor allem Betriebsrat Sander, der stellvertretende Vorsitzende. Er wollte die Arbeiterinnen sofort wieder an die Arbeit schicken, doch sie blieben. Eine kommunistische Kollegin sprach für die Abteilung. Sie forderte Sander auf, dem Meister mitzuteilen, daß ohne Bezahlung nichts neu gemacht würde. „Das ist Arbeitsverweigerung", japste Sander erschrocken und griff zum Telefon, um Hilfe bei der Betriebsleitung zu suchen. In kürzester Zeit waren Herr Zabel und Herr Loy im Betriebsratsbüro.

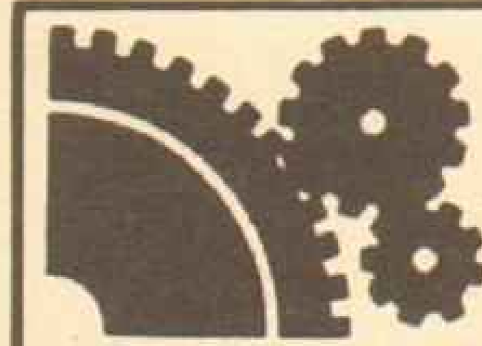
Gegenüber der Geschäftsleitung ergriff dann unsere kommunistische Betriebsrätin das Wort. Sie vertrat noch einmal die gerechte Sache der Kolleginnen.

Als Herr Zabel sah, wie entschlossen sich die Abteilung für ihr Recht einsetzte, wurde er nervös. Er nahm die Maßnahme zurück, weil er Angst hatte, daß die Arbeiterinnen nicht bei einem Marsch zum Betriebsrat stehen bleiben würden. „Vorläufig brauchen Sie die Matten nicht neu zu legen. Wir werden die Sache untersuchen."

Zwei Tage später mußten alle Kolleginnen zum Loy hinauf. Der Sinn dieser „Aussprache" war, die Kolleginnen einzuschüchtern und die Abteilung zu spalten. Dazu nutzte Loy die Angst einiger Kolleginnen aus. Diese Kolleginnen erklärten: „Wir waren nur beim Betriebsrat, um zu fragen, *ob* wir die Matten neu legen müssen. Wir wollten uns aber nicht weigern." Die anderen wagten nicht zu widersprechen. So konnte Loy den beiden Wortführerinnen eine fadenscheinige Verwarnung wegen „falscher Widergabe der Abteilungsmeinung, und damit Störung des Betriebsfriedens" geben.

Diese lächerliche Verwarnung sollte klar ein Schritt zur Entlassung der beiden Kolleginnen sein. Nach drei solchen Verwarnungen fliegen sie. Damit wollte die Geschäftsleitung gegen die Wortführerinnen vorgehen, damit es niemand mehr wagt, für die gesamte Abteilung zu sprechen. Nachdem das getan war, spielte Loy den guten Onkel. Alle Mißstände, über die sich die Abteilung schon seit Jahren beschwert, schrieb er beflissen auf und versprach Abhilfe.

Die Kolleginnen waren so wütend über die Methoden, daß am nächsten Tag einige nochmals in den Glaskasten hochgingen, um die Sache klarzustellen. „Wir hatten gestern Angst, es zu sagen, aber M. und A. haben nur gesagt, was wir alle meinten. Deshalb müssen die Verwarnungen zurückgenommen werden", sagte ein Mädchen. Natürlich wollte weder Herr Loy noch sein getreues Echo Herr Sander diese Aussagen zur Kenntnis nehmen. Sie waren unverschämt genug, die Kolleginnen der Lüge zu bezichtigen. Aber auch die meisten anderen Frauen der Mattenlegerei, die nicht den Mut hatten, nochmals mit hochzugehen, unterschrieben eine Erklärung, daß die beiden Kolleginnen ihre Meinung vertreten haben. Durch das geschlossene Auftreten der Arbeiterinnen wagte man es bis heute noch nicht, die Verwarnungen in die Personalakten aufzunehmen.



Arbeiterkorrespondenzen

"... gegen die Kapitalisten notfalls auch ohne Gewerkschaften..."

Die Gruppe Rote Fahne auf dem Weg des modernen Revisionismus

Korrespondenz: Soeben habe ich im neuen ROTEN MORGEN Nr. 31 den Artikel gelesen: „Arbeitsgerichte — Klassengerichte der Bourgeoisie", in dem klar die Aufgabe der modernen Revisionisten dargestellt ist: „Die D'K'P-Revisionisten propagieren die Arbeitsgerichte, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse sich im Kampf gegen den Entlassungsterror zusammenschließt und in der Erkenntnis der völligen Rechtlosigkeit im Kapitalismus den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreitet."

Ich kann Euch hier aus Gießen berichten, daß sich die Gruppe Rote Fahne Dortmund letztlich genauso verhält: Dieselben Beschönigungen der Arbeitsgerichte, wie wir sie von der D'K'P gewohnt sind.

Hier in Gießen wurde ein Landtagskandidat der GRF unmittelbar nach Veröffentlichung der Kandidatenliste von der ‚Gießener Allgemeinen' entlassen. (Ihr berichtetet im ROTEN MORGEN darüber). Schnell brachten sie ein Flugblatt heraus mit der Überschrift (und demselben Inhalt): **‚Für freie politische Betätigung auch (!) bei der Gießener Allgemeinen!'** Als ob es in den anderen Betrieben freie politische Betätigung für die Arbeiterklasse gäbe und nur bei der Gießener Allgemeinen nicht!

Und mit der gleichen Linie gingen sie zum Arbeitsgericht. In ihrer Broschüre zu der Entlassung schildern sie selber am besten ihren Verlauf: **‚Dieser Termin sah für den unvoreingenommenen Beobachter aus wie ein freundliches Streitgespräch zwischen den verschiedenen Rechtsanwälten, gelenkt durch den Richter.'** Was ist demnach ein Arbeitsgerichtsprozeß für die GRF? Es wird nicht gesagt. Hier stehen sich zwei unversöhnliche Klassen gegenüber: Der Arbeiter als Ankläger auf der einen Seite und Kapitalist und Richter auf der anderen Seite. Nein, zwei Rechtsanwälte führen ein kollegiales Streitgespräch über einige Paragrafen, der Richter leitet unparteiisch die Diskussion und entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen.

Aber damit nicht genug. Die Kapitalisten von der ‚Gießener Allgemeinen' hatten Heribert Planz unter dem fadenscheinigen Vorwand entlassen, es sei nicht genügend Arbeit da. Sie beurlaubten ihn sofort und verhängten Hausverbot gegen ihn. Gleichzeitig aber müssen die Kollegen von seiner Arbeitsstelle seither schneller arbeiten und Überstunden schieben, also seine Arbeit mitübernehmen. Die offizielle Entlassungsbegründung ist also offensichtliche Lüge, Heribert Planz ist aus politischen Gründen entlassen worden.

Statt die Kollegen an diesem Fall einen Schritt weiter zu bringen, zerren sie sie wiederum zurück und verbauen ihnen die Perspektive des Sozialismus: Sie stellen diese politische Unterdrückung als einen „Streitfall für Rechtsanwälte" dar: **‚Ein Arbeitsverhältnis — das ist den meisten unbekannt — bedeutet für den Arbeiter nämlich nur das Recht auf Bezahlung, nicht aber das Recht auf Arbeit. Ausnahmen bilden Berufe wie Musiker, Maler etc., bei denen durch längere Berufspausen die Fähigkeiten verkümmern; ob Schriftsetzer dazugehören, darüber werden sich die Rechtsanwälte streiten.'** (Nachzulesen in der betreffenden Broschüre) Ein Arbeitsverhältnis bedeutet für den Arbeiter im Kapitalismus Ausbeutung bis aufs Blut und nicht das ‚Recht auf Bezahlung' oder irgendein anderes Recht. Wenn er dem Kapitalisten nicht mehr genügend Profit bringt oder sich gegen die Unterdrückung auflehnt, dann fliegt er auf die Straße. Was würde wohl jeder von den zigtausend Arbeitern, die nicht wissen, wie sie im Monat über die Runden kommen sollen, zu dieser neuen Theorie von ‚Recht auf Bezahlung' sagen? Oder die Behauptung, Künstler hätten das ‚Recht auf Arbeit'!?

Die GRF propagiert Aktionseinheit mit DruPa- und DGB-Führern

Soweit die Broschüre. Aber der Prozeß wurde von der ‚Roten Fahne' noch dazu benutzt, die Rolle des DGB-Apparats zu verdrehen. H. Frohberg (von der Gewerkschaftsabteilung des ZK) schrieb in der RF Nr. 23 in einem Artikel über die Arbeit im DGB: **‚Nicht durch ... blindwütiges Geschrei, wie das der KPD/ML-Leute werden wir die Widersprüche verschärfen und die Massen gewinnen, sondern durch die konsequente Politik des Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Bei Hoesch, Ford, Opel, Krone und auf der Vulkan Werft ist der Kampf für die Aktionseinheit auch mit sozialdemokratischen Kollegen erfolgreich eröffnet. In Gießen haben sich Drupa- und DGB-Ortsverwaltung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen und hinter den KPD-Landtagskandidaten Genossen Planz gestellt. Das zeigt, wir sind auf dem richtigen Weg.'**

Ich will hier mal vom Ort des Geschehens aus zeigen, was dieser Mann unter ‚Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Arbeitern' versteht, wofür er ja die DruPa- und DGB-Ortsverwaltung anführt:

Drupa- und DGB-Ortsverwaltung in Gießen haben sich keineswegs gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen. Vielmehr haben sie aus Angst vor der Arbeiterschaft zur Täuschung eine Erklärung abgegeben, in der sie sagen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht nötig seien, weil die Satzungsbeschlüsse ausreichen, um Oppositionelle und Kommunisten auszuschließen. Das haben sie auch schon in Taten reichlich unter Beweis gestellt. Schon lange vor Verabschiedung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse leiteten sie Ausschlußverfahren gegen unsere Genossen ein, unter anderem gegen zwei rote Betriebsräte, entzogen ihnen den Rechtsschutz, verschickten Reverse, in denen sie sich von der KPD/ML distanzieren sollten, usw. Wer eine Aktionseinheit mit solchen ‚sozialdemokratischen Arbeitern' als ‚richtigen Weg' propagiert, der ist nichts anderes als ein Agent der Bourgeoisie.

Auf der gleichen Linie liegt es, wenn die GRF in der bereits zitierten Broschüre schreibt, daß man **‚gegen die Kapitalisten notfalls (!) auch ohne Gewerkschaften nicht machtlos ist'.** Das heißt doch: Mit den DGB-Gewerkschaften sind wir auf jeden Fall gegen die Kapitalisten stark, notfalls aber auch ohne sie gegen die Kapitalisten nicht machtlos. Gerade im neuen ROTEN MORGEN sind wieder eine Reihe von Beispielen, die deutlich machen, daß der DGB-Apparat nicht etwa eine ‚schwache' oder eine ‚schlechte' Kampforganisation der Arbeiterklasse ist, sondern eine Kampforganisation des Kapitals, der die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entgegengestellt werden muß. Der ROTE MORGEN richtet uns ausgezeichnet auf diese Linie aus."

Rotfront

Ein Genosse aus Gießen

Revisionistisches

D„K"P distanziert sich

Die modernen Revisionisten hetzen wie wild gegen die Partei. In Recklinghausen fürchten sie besonders die revolutionären Parolen, die dort überall von den Genossen gemalt wurden. „Der Pinsel ist ihr einziges Argument", schreibt die D„K"P-Stadtteilzeitung „Hinsberg aktuell". Die modernen Revisionisten verschweigen aber tunlichst den Inhalt unserer Parolen und fallen in den Chor der bürgerlichen Hetze gegen angebliche Schmierereien ein.

„An jedem größeren Mauerstück, Plakatwand oder VEW-Häuschen findet der Bürger Parolen einer Gruppe, die sich ‚KPD/ML' nennt. Die DKP distanziert sich auf das Entschiedenste von derartigen Schmierereien. Kommunisten hatten es noch nie nötig, zum Pinsel zu greifen, um der Bevölkerung ihre Argumente nahezubringen. Kommunisten ziehen es vor, mit dem Bürger persönlich zu sprechen, oder das durch die Wohngebietszeitung bzw. den Nachbarschaftsbrief zu tun.

Nicht so die Leute von der KPD/ML. Ihre Argumente sind scheinbar so stichhaltig, daß sie diese nur im Dunkeln an irgendwelche Wände pinseln können. Derartige Handlungsweisen sind Kommunisten fremd. Sie haben es nicht nötig, nachts durch die Gegend zu schleichen, sie vertreten ihre Argumente stets offen."

Allerdings ist es der D„K"P fremd, revolutionäre Parolen zu malen. Sie kann ihre revisionistische Propaganda offen betreiben, ohne von der Bourgeoisie verfolgt zu werden. Wirkliche Kommunisten dagegen benutzen Parolen als Kampfmittel gegen die Bourgeoisie, trotz Verfolgung und Terror. Das beweist das folgende Bild aus dem Wahlkampf der KPD Ernst Thälmanns von 1932.



Wahlparole der KPD in Solingen

Makabre Zustände

In ihrer Recklinghäuser Stadtteilzeitung „Hinsberg Aktuell" bejammert die D„K"P, daß die Stadt immer noch nicht „eingesehen" hat, daß Kindergärten und Spielplätze gebraucht werden. Und das, obwohl „von unserer Partei, von befreundeten Organisationen zahlreiche fundierte Initiativen" vorlagen. „Für die Lörhof-Sanierung, für Industrieanlagen werden Millionen ausgegeben, für die Verbesserung der Chancengleichheit dagegen fehlt es an allen Ecken und Enden. Wahrlich makaber, wenn man sich überlegt, daß die arbeitende Bevölkerung den Großteil der Steuern aufbringt." Daß dieser „makabre" Zustand die Regel in der kapitalistischen Gesellschaft ist und allein durch den revolutionären Klassenkampf geändert werden kann, davon natürlich kein Wort.

Arbeitsämter erobern

In der „K"VZ vom 24. Juli schildert ein Umschüler seine Erfahrungen mit dem Arbeitsamt. Er beschreibt eindringlich die Atmosphäre, die dort herrscht, die Unterdrückung und Erniedrigung. Er mußte z. B. nach der Stoppuhr Rechenaufgaben lösen, Fragen beantworten wie: „Bist Du manchmal wütend? " usw. Viele Kollegen machen jetzt ihre Erfahrungen mit dem Arbeitsamt. Fast 500 000 Arbeitslose gibt es bereits und ihre Zahl wächst ständig. Wie sollen wir dagegen kämpfen? Die „K"VZ schreibt: „Das Arbeitsamt muß in unsere Hände. Das ist die einzige Möglichkeit, die Bürokratie dort abzuschaffen, Personalstellen richtig zu besetzen, Kollegen dort zu beschäftigen, die einem wirklich weiterhelfen. Weiter auch, z. B., um Druck auszuüben, daß die Kapitalisten Umschüler zu übernehmen." Die Arbeitsämter sind aber nicht neutral, sie stehen nicht zwischen den Klassen, sie sind ein Instrument des kapitalistischen Staates, sie können nicht erobert werden.

Der „K"BW will vom revolutionären Klassenkampf, von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution ablenken.

Holland: Bauerndemonstrationen verboten

Die holländische Regierung hat alle Demonstrationen der Bauern verboten. Eine Woche lang hatten die Klein- und Mittelbauern Hollands militante Kampfaktionen durchgeführt. Im ganzen Land fuhren sie mit ihren Treckern auf, demonstrierten und hielten Versammlungen ab. Straßensperren stoppten den Verkehr und immer wieder blockierten die Bauern die Grenzübergänge zur Bundesrepublik und nach Belgien.

Die holländischen Bauern kämpfen gegen Bauernlegen, Ruin und Elend. In ganz Westeuropa in Belgien, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik gehen die Bauern auf die Barrikaden. Deutsche und holländische Bauern haben gemeinsam sieben Grenzübergänge zwischen beiden Ländern blockiert.

Die holländische Regierung behauptet, daß sie die Demonstrationen verbietet, weil sie „den Verkehr stören" und die „Behörden jetzt auf die Lage der Bauern aufmerksam gemacht worden seien." Das ist reiner Betrug. Damit soll vertuscht werden, daß der Staat und die EG die Bauern ruinieren. Der berüchtigte Sicco Mansholt, der den nach ihm benannten Plan zur Ruinierung von zigtausenden Bauern ausgearbeitet hat, war selbst Mitglied der niederländischen Regierung. Die Bourgeoisie fürchtet den entschlossenen und militanten Kampf der Bauern, sie fürchtet, daß sich die Klein- und Mittelbauern über die Landesgrenzen hinweg zusammenschließen. Vor allem aber hat sie Angst davor, daß die Bauern immer besser erkennen, daß ihre Feinde die in der EG zusammengeschlossenen Monopole und der imperialistische Staat selbst sind.

Das ist auch der Grund, warum die Führung der holländischen Bauernverbandes dazu aufgerufen hat, sofort alle Demonstrationen einzustellen und so den Bauern in den Rücken gefallen ist. Genauso wie die Heeremans und Co. vertreten die holländischen „Bauernführer" in Wirklichkeit die Interessen der Imperialisten. Die Bauern haben den Verrat mit verstärkten Kampfaktionen beantwortet. Viele Bauern sagen, daß sie das Demonstrationsverbot nur noch mehr zum Kampf ansporen wird.

Kongress der Föderation Iranischer Studenten

Hände weg von der CISNU!

Vom 2. bis 6. August führte die Föderation Iranischer Studenten (FIS), die deutsche Sektion der CISNU, einen Kongreß durch, auf dem die weiteren Schritte im Kampf gegen das faschistische Schah-Regime zu beraten waren. Dazu hatten sich mehrere hundert Mitglieder der FIS im Frankfurter „Haus der Jugend" versammelt.

Für Sonntag Nachmittag hatte der FIS-Vorstand zu einer Veranstaltung im Rahmen dieses Kongresses eingeladen: Sie wurde zu einer machtvollen Demonstration für die Entschlossenheit der iranischen Revolutionäre, Patrioten und Antifaschisten, für ihre Bereitschaft, alle Feinde der iranischen Völker restlos vom Boden ihres Vaterlandes zu vertreiben.

In einem Redebeitrag der FIS wurde die verbrecherische Rolle der beiden Supermächte angeprangert, die mit Hilfe des Schah, ihrer faschistischen Marionette, die Reichtümer des Landes plündern, das Volk bis auf die Knochen auspressen. Moskau und Washington päppeln das faschistische Schah-Regime hoch zum Kettenhund gegen die Revolution am Persischen Golf. Aber trotz blutigster und brutalster Unterdrückung haben die Arbeiter, Bauern und Studenten im Iran große Erfolge erzielt im Kampf gegen den Imperialismus. Auch die westdeutschen Imperialisten, so betonte der Vertreter der FIS, suchen heute verstärkt im Iran Fuß zu fassen. Zur Absicherung ihrer räuberischen Pläne richten sie die Faschisierung des westdeutschen Staatsapparats in besonderem Maße gegen die CISNU wie gegen andere fortschrittliche Ausländerorganisationen. Abschließend versicherte der Genosse unter dem Beifall der Anwesenden, daß die FIS auch den Kampf gegen diese Faschisierung verstärkt weiterführen werde.

Neben anderen, der FIS befreundeten Organisationen, richtete ein Vertreter der PCE/ML eine Grußbotschaft an den Kongreß, worin die tiefe Verbundenheit der persischen und der spanischen Völker im gemeinsamen Kampf gegen den Yankee-Imperialismus zum Ausdruck kam.

Ein Genosse der Partei überbrachte im Auftrag des ZK die solidarischen Kampfesgrüße der KPD/ML und der ROTEN GARDE. Seine abschließende Versicherung wurde von großem Beifall begleitet: **„Die KPD/ML wird alle Kräfte für die beste Unterstützung einsetzen, die wir der Sache Eures Volkes geben können: für die Vorbereitung der gewaltsamen Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus in der sozialistischen Revolution!"**

Gemeinsame Veranstaltung von KPS/ML, OGML und KPD/ML zum Putsch in Zypern



Kundgebung von KPS/ML, OGML und KPD/ML zum Putsch in Zypern am Samstag, 10. August 1974 in der Düsseldorfer Innenstadt.

Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, die Partei und die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten führten am Samstag gemeinsam in Düsseldorf eine Veranstaltung über die Ereignisse in Zypern durch. Schon am Vormittag wurde in der Innenstadt eine Kundgebung abgehalten, auf der ein Genosse der Partei und ein griechischer Genosse sprachen. Mehrere hundert Menschen sammelten sich um die Redner, unter ihnen viele türkische und griechische Kollegen.

Am Nachmittag füllten über 250 Freunde und Genossen den Versammlungssaal, unter ihnen viele griechische Kollegen mit ihren Familien. In einer ausgezeichneten kämpferischen Stimmung wurde der Parteifilm „Rote Raketen" gezeigt. Die griechischen Genossen sangen Kampflieder aus ihrer Heimat, der AP-Trupp der Partei begeisterte mit Liedern der Internationalen Brigaden.

Die Redner riefen zum Kampf auf gegen die beiden Supermächte, die in ihrem Ringen um die Weltherrschaft keine Möglichkeit auslassen, um Unfrieden zu stiften. Die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Zyperns muß wiederhergestellt werden.

Auf der Veranstaltung wurden über 500,– DM gesammelt, die der OGML übergeben wurden zur Unterstützung des Kampfes auf Zypern und in Griechenland selbst.

DER NÄHRBODEN FÜR DIE SEUCHEN IST DER IMPERIALISMUS!

Fortsetzung von Seite 1

Es ist kein Zufall, daß in den von der Thieu-Clique beherrschten Gebieten Südvietnams vor kurzem die Pest ausgebrochen war. Es ist auch kein Zufall, daß die sowjetischen Sozialimperialisten den indischen Reaktionären zwar die Atombombe verschafft haben, während das Volk hungert und grausam unterdrückt wird.

Und wie sieht es denn hier bei uns aus, in den kapitalistischen Ländern? Sicher, Pest- und Choleraepidemien gibt es hier nicht. Aber trotzdem verschlechtert sich der Gesundheitszustand der breiten Volksmassen ständig. Ein Beispiel dafür ist die schnelle Zunahme der sogenannten Zivilisationskrankheiten: Herzinfarkte, Kreislauf- und Herzschäden usw. Die Tatsache, daß eine immer größere Zahl von Arbeitern vorzeitig Rente beantragen muß, ist ein weiteres Beispiel. Die Imperialisten behaupten, dies alles sei der „Preis des Fortschritts". In Wirklichkeit ist das aber der Preis, den die Werktätigen für die Profitgier des Kapitals zu zahlen haben. Es ist eine Tatsache, daß die medizinische Versorgung der Werktätigen, z. B. hier bei uns auf dem Land oder in Arbeitervierteln, besonders den Vierteln, wo die ausländischen Kollegen wohnen, völlig unzureichend ist. In den Farbigenghettos der USA kommt ein Arzt auf 10 000 Einwohner, während in den Kapitalistenvierteln ein Arzt für 300 Bewohner da ist.

Nur wenn das Volk Herr seines Landes ist, wenn die Macht der Imperialisten gebrochen ist, werden die Völker ohne Angst vor Seuchen und „Zivilisationskrankheiten" leben können. Das sozialistische China z. B., ein Entwicklungsland, hat Hunger und Armut beseitigt, Seuchen wie Cholera, Pest, Malaria und andere sind vollständig ausgerottet. Dort hebt sich die Volksgesundheit ständig.

Vom Aufbau des Sozialismus

Besuch im Aktionistenlager

Korrespondenz. Während eines Urlaubs in Albanien besuchten wir auch das Aktionistenlager an der Baustelle der Eisenbahn Fieri–Baltschi. Mit stürmischem Beifall und begeistertem Parolenrufen wurden wir empfangen. Es war Sonntag – eigentlich der freie Tag der Aktionisten. Aber alle waren trotzdem im Lager, um das große Planziel – die Fertigstellung der Eisenbahnlinie Fieri–Baltschi bis zum 29. 11. 1974, dem 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens – zu erreichen.

Die Baustrecke, die die neue Erdölraffinerie, das wichtigste Werk des 5. 5-Jahresplanes, an das Verkehrsnetz anschließt, ist 34 km lang, 134 Brücken müssen gebaut werden. Begonnen wurde die Arbeit im Februar 1974. Bis jetzt haben 6 000 Freiwillige daran gearbeitet. Sie kommen aus der Arbeiter- und Bauernjugend, von den Schulen und Universitäten. Unter ihnen auch Professoren und Rentner. Die Genossin, die das Lager leitete, betonte, daß diese Aktionistenlager vor allem Erziehungsschulen sind, in denen die Jugend Albaniens für den Aufbau des Sozialismus zusammengeschlossen wird. Diesem Ziel dienen die gemeinschaftlichen kulturellen Veranstaltungen im Anschluß an die 8-stündige Tagesarbeit, die Verbindung der körperlichen Arbeit mit dem Studium des Marxismus-Leninismus, die Diskussionen, in denen die dem Sozialismus fremden Einflüsse und der moderne Revisionismus bekämpft werden. Dem dienen die allabendlichen Besprechungen der Arbeit, bei denen Kritik und Selbstkritik geübt wird.

Immer wieder kommen vorbildliche Arbeiter aus den Fabriken und Bauern in das Lager, um von den Befreiungskämpfen des albanischen Volkes und von der Bewältigung der gegenwärtigen Aufgaben zu berichten. All diese Berichte sind durchdrungen von der Achtung und Liebe zur Partei der Arbeit Albaniens, ohne die das Volk niemals hätte seine Unterdrücker bezwingen und das sozialistische Albanien aufbauen können.

Daß in den Aktionisten neue Kämpfer für die Sache des Sozialismus heranwachsen, spürte man im Lager deutlich. Brennend interessierten sie sich für den Kampf unserer Partei und der westdeutschen Arbeiterklasse und besonders der arbeitenden Jugend. Wir berichteten vom Vorgehen der Polizei gegen unseren Genossen Günter Routhier und vom Kampf der KPD/ML dagegen. Als Zeichen der Freundschaft steckten wir den Genossen unsere Günter-Routhier-Plaketten an und schenkten ihnen einen geknüpften Wandteppich mit dem Parteiemblem, den sie sofort aufhängen wollten. Wir bekamen dafür die Plaketten der Aktionisten.

Nach einem gemeinsamen Lied konnten wir die Jugendlichen draußen auf der Baustelle bei der Arbeit sehen. Sie bauten gerade eine der schwierigen Brücken und auch die Mittagshitze konnte ihren Arbeitseifer nicht drosseln. Auch wir griffen für kurze Zeit zur Schaufel, um ihren Kampf symbolisch zu unterstützen. Als wir uns von ihnen verabschiedeten, sahen wir eine Bauernfamilie kommen, die ihnen zu essen und zu trinken brachte – nur ein Beispiel für die enge Verbundenheit mit der Bevölkerung. Wir fuhren fort mit den Wünschen der albanischen Aktionisten für einen erfolgreichen Kampf in unserer Heimat unter Führung der Partei.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

USA-Imperialisten und Saigoner Marionetten brechen Pariser Abkommen

Befreiungsarmee schlägt Aggressoren zurück!

Am 7. August eroberten die Truppen der Nationalen Befreiungsarmee in Südvietnam die Distrikthauptstadt Thuong Duc in der Nähe von Da Nang. Die Kämpfe in Südvietnam haben seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens niemals aufgehört, im Gegenteil, gerade in den letzten Wochen sind sie heftiger denn je entbrannt. Die Thieu-Clique in Saigon und ihr Herr, der USA-Imperialismus, machen dafür die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) der Republik Südvietnam verantwortlich.

Diese Lügen und die Hetzkampagne, die die Thieu-Clique in Umlauf setzt, sollen ihre eigenen Verbrechen vertuschen und sind ein verzweifelter Versuch, über ihre wirkliche Lage hinwegzutäuschen. Das Pariser Abkommen vom 27. Januar 1973 war ein großer Sieg des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggression und für die Rettung der Nation. Aber die USA-Imperialisten und die Thieu-Clique haben sich mit diesem Sieg niemals abgefunden, für sie war das Abkommen nur ein Fetzen Papier. Die USA-Imperialisten haben über 10.000 als Zivilpersonen getarnte Militärberater in Südvietnam zurückgelassen und zusätzlich weitere 14.000 Besatzer nach Südvietnam gebracht. Sie haben der Marionetten-Armee außerdem ihr gesamtes Kriegsmaterial übergeben und zusätzlich weiteres ins Land geschafft. In den letzten Wochen haben US-Bomber hundertfach befreite Gebiete bombardiert und Aufklärungsflüge sogar bis nach Hanoi und Haiphong unternommen.

Auch die Thieu-Clique hat sich, ermuntert und unterstützt von den USA-Imperialisten, niemals an das Pariser Abkommen gehalten. Seit seinem Inkrafttreten hat sie mehr als 350 000 Verstöße gegen das Abkommen begangen, darunter mehr als 40 000 Übergriffe auf die befreiten Gebiete, 53 000 Bomben- und Artillerieangriffe, mehr als 260 000 Polizei- und "Befreiungsaktionen", wobei, wie es in einer Erklärung der PRR heißt "10 000de von Menschen ermordet, Millionen Terror und Repressalien ausgesetzt, sowie 10 000de von Menschen inhaftiert wurden. Angesichts dieser Kriegshandlungen der Saigoner Verwaltung hat sich die Lage in Südvietnam von Tag zu Tag zugespitzt und wird immer angespannter ".

Die Provisorische Revolutionäre Regierung von Südvietnam hat dagegen stets das Pariser Abkommen respektiert und kämpft für seine Einhaltung. Noch am 22. März veröffentlichte sie einen 6-Punkte Vorschlag zur sofortigen Beendigung der Kämpfe und der Verwirklichung des Abkommens. Die Antwort waren Bomben und Überfälle. Um die Erfolge der Revolution und die befreiten Gebiete zu verteidigen, haben die Truppen der Nationalen Befreiungsarmee, unterstützt von der Bevölkerung der befreiten Gebiete, die Aggressoren zurückgeschlagen. Dabei haben die Saigoner Marionetten schwere Schläge einstecken müssen. Über 115 000 Marionettensoldaten wurden kampfunfähig gemacht. Tausende von illegalen Stützpunkten und KZs der Thieu-Clique in den befreiten Gebieten wurden erobert, Hunderte von Dörfern und Weilern, die die Thieu-Clique unter Bruch des Waffenstillstandsabkommens besetzt hatte, wurden zurückerobert. Insgesamt wurden 500 000 Menschen wieder befreit. Diese Siege der Befreiungsarmee haben die Marionettenarmee demoralisiert. Sie ist in Auflösung.

Die fortgesetzten Aggressionen, der willkürliche Bruch des Pariser Abkommens, die abscheulichen Verbrechen haben die Thieu-Clique im ganzen Volk bis aufs äußerste isoliert. Ihr einziger Rückhalt sind die USA-Imperialisten, die sich mit allen Mitteln bemühen, die Thieu-Verwaltung am Leben zu erhalten. Sie stellen ihr Dollars, Militärberater, Feuerkraft, Flugzeuge, Panzer und Kanonen zur Verfügung, damit sie das Abkommen und den Frieden sabotiert, den Krieg eskaliert und Verbrechen an der Bevölkerung begeht. Aber „falls die USA und die Nguyen van Thieu-Verwaltung hartnäckig den Krieg fortsetzt und die Verhandlungen sabotiert, werden sie bestimmt heftige Gegenschläge der Volksbefreiungsarmee und des Volkes von Südvietnam zu spüren bekommen und noch schwerere Rückschläge erleiden", erklärte die Provisorische Revolutionäre Regierung.



Kämpfer der südvietnamesischen Volksbefreiungsstreitkräfte in einer Dschungeloperation.

Britische Truppen raus aus Irland



Seit drei Jahren werfen die britischen Imperialisten in Nordirland willkürlich revolutionäre Kämpfer in KZ's, um den Befreiungskampf zu unterdrücken. Das irische Volk hat aber den Kampf verstärkt. Am Jahrestag der Errichtung der KZ's hat die IRA in Belfast neun Besatzer beschossen und mit Brandbomben beworfen. Im ganzen Land wurden Anschläge auf Einrichtungen der Besatzer verübt.

Dokument der Revolutionären KP Chiles

"Zweifellos kämpfen Revolutionäre nicht, indem sie sich zu Opfern des Feindes erklären, indem sie an das Mitleid eines Teiles der Welt appellieren. Vielmehr müssen sie den Feind im Inneren bekämpfen, seine reaktionäre Natur und damit seine innere Schwäche entlarven und zeigen, daß er geschlagen werden kann."

Mit dieser Erklärung wandte sich die REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHILES gegen die Versuche der modernen Revisionisten die weltweite Kampagne der Solidarität mit dem chilenischen Volk zu mißbrauchen und die revolutionäre Einheit des chilenischen Volkes im Kampf gegen den Imperialismus und Faschismus zu verhindern. Die REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI hat jetzt im April erneut ein Dokument veröffentlicht mit dem Titel: *„Einheit des Volkes zur Bekämpfung des Imperialismus und zum Sturz der Reaktion "*. Es wurde in ganz Chile weit verbreitet. In ihm heißt es u. a. :

"Einige Lehren, die unser Volk aus der vergangenen Erfahrung ziehen muß:

1.) Einmal mehr hat sich erwiesen, daß man in Ländern wie dem unseren entweder mit dem Imperialismus oder gegen den Imperialismus regiert, mit den Volksmassen oder gegen sie. Hier gibt es keine Mittelwege.

2.) **Das chilenische Volk**, das sich aus Arbeitern, armen Bauern, Mittelschichten der Stadt und des Landes, Studenten und fortschrittlichen Intellektuellen zusammensetzt, die alle zusammen mehr als 95% der Bevölkerung ausmachen, hat keine andere Möglichkeit in seiner Befreiung voranzuschreiten, wenn es nicht dazu über eine eigene Organisation und eine eigene Armee verfügt. Nur das Proletariat und seine Avantgardepartei werden den antiimperialistischen, antimonopolistischen Kampf und den Kampf gegen die Großgrundbesitzer auf konsequente Weise bis zum Ende führen."

Das Dokument analysiert dann die Rolle der 'Unidad Popular', in der die Revisionisten die entscheidende Kraft waren. Es wird festgestellt, daß die Führung der 'Unidad Popular' das Volk ideologisch, politisch und militärisch entwaffnet hat. "Auf diese Art und Weise", heißt es in dem Dokument, "stellte sie das Vorzimmer zum Faschismus dar."

9. Mit größter Schlagkraft erwies die Erfahrung einmal mehr die Gültigkeit der leninistischen These, daß man keinen einzigen konsequenten und ernsthaften Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktionäre führen kann, ohne den Revisionismus zu bekämpfen und geschlagen zu haben. Ebenso kann es heute keinen wirklichen und konsequenten Kampf für die nationale Unabhängigkeit geben, wenn man auf eine andere imperialistische Macht vertraut, oder was noch schlimmer ist, wenn in diesem Kampf die Abhängigkeit von einer anderen imperialistischen Macht verborgen wird.

10.) Das chilenische Volk muß und wird es verstehen, sein eigenes Schicksal zu bestimmen. Die eigene Erfahrung bewies, daß nur das Volk der wichtigste Vorkämpfer und die Triebkraft ist, durch welche die Geschichte vorangetrieben wird."

Aus aller Welt

ANGOLA/GUINEA-BISSAO

In Angola versuchen Banden portugiesischer Faschisten mit Mord und Terror die Unabhängigkeit des Landes zu verhindern. Hunderte von ihnen zogen in der ersten Augustwoche durch die Hauptstadt Luanda, schossen und warfen blindwütig Handgranaten auf die schwarze Bevölkerung. Bei diesen Terroranschlägen sind mindestens 16 Menschen getötet worden. Die Banden stoßen aber auf den entschiedenen Widerstand des Volkes und der Befreiungsorganisationen. Die Junta in Portugal will die Kapverdischen Inseln, einen wichtigen Stützpunkt der USA-Imperialisten, nicht als Teil der Republik Guinea-Bissao anerkennen. Deshalb hat sie jetzt das Projekt einer 'Volksabstimmung' über die Unabhängigkeit der Inseln hervorgekramt. Ein ähnliches Projekt der Junta war schon in Mozambik unter den Schlägen des bewaffneten Volkskampfes zusammengebrochen.

MANILA

In Zukunft sollen philippinische Soldaten in der Bundeswehr ausgebildet werden. Die beiden Regierungen haben dazu jetzt ein Abkommen unterzeichnet. Dies ist das erste Abkommen, welches die Philippinien mit einem europäischen Staat über Militärhilfe abschließen. Die DBR-Imperialisten springen damit dem USA-Imperialismus bei, der bisher allein die philippinischen Soldaten trainiert hat. Auf den Philippinen herrschen die USA-Imperialisten mit Hilfe der Marcos-Clique. Die Armee dieser Clique soll vor allem den bewaffneten Kampf des philippinischen Volkes für die nationale Befreiung und Volksdemokratie unterdrücken. Dieser Kampf wird seit sechs Jahren von der Volksarmee unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen geführt.

SPANIEN

Die Polizei der Franco-Faschisten hat einen neuen Mord begangen. In Carmona (Andalusien) erschoss die 'Guardia Civil' den 39 Jahre alten Roldan Zafra bei einer Demonstration gegen die ungerechte Wasserversorgung. In vielen Stadtteilen Carmonas, das im heißesten Teil Spaniens liegt, gibt es kein Wasser. Die Bevölkerung hat besonders empört, daß der Bürgermeister ihnen auch noch Wasser stahl, um damit sein Schwimmbad aufzufüllen. An der Demonstration beteiligten sich tausende. Als sie den Verkehr auf der Nationalstraße Madrid-Sevilla stoppten, eröffnete die Polizei das Feuer. Aus Empörung über diesen erneuten Mord haben am 6. August ca. 200 Spanier das spanische Generalkonsulat in Frankfurt besetzt. An dieser Aktion beteiligte sich auch die FRAP (Revolutionäre Antifaschistische Patriotische Front). Das Konsulat wurde sofort von einem Großaufgebot der Polizei umstellt. Nach sechs Stunden zogen sich die Demonstranten zurück. Im Konsulat wurden Parolen gemalt, wie z.B.: "Jeder Mord wird gesühnt!" Eine schwarze Liste und ein Bild Francos wurden zerstört und die Flagge der Republik gehißt. 18 gültige Pässe gingen den Franco-Faschisten verloren. In Brüssel haben spanische Patrioten Bomben in ein Büro der Fluggesellschaft Iberia und 2 Zweigstellen der Banco Espanol gelegt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

"Ernst Thälmann, der ging uns voran"

Am 18. August 1944 ermordeten die Hitlerfaschisten den Vorsitzenden der KPD, den Führer der deutschen Arbeiterklasse Ernst Thälmann. 11 Jahre hatten sie Teddy, wie Genosse Thälmann von den Werktätigen genannt wurde, in strengster Einzelhaft eingekerkert gehalten. Aber diese 11 Jahre hatten nicht gereicht, um Ernst Thälmann von seiner Klasse, deren Sohn und Führer er war, und von seiner Partei zu trennen. Das faschistische Terrorregime, das es nie gewagt hatte, einen Prozeß gegen den Genossen Thälmann zu führen, konnte es jetzt auch nicht wagen, vor dem deutschen und internationalen Proletariat die Verantwortung für seine Ermordung zu übernehmen. Erst am 14. September meldete Hitlers Reichsfunk, Ernst Thälmann sei am 28. 8. bei einem Luftangriff der Briten und Amerikaner auf Buchenwald umgekommen. Die Lüge platzte: Briten und Amerikaner verbreiteten über ihre deutschsprachigen Sender, am 28. 8. habe keine Bombardierung Buchenwalds stattgefunden. Sofort ließ die Hitlerregierung eine neue Lüge verbreiten: Genosse Thälmann sei bereits am 24. 8. bei einem Bombenangriff unter den 300 Opfern gewesen. Die Wahrheit ist, daß Genosse Thälmann am 18. August feige erschossen wurde.

Diese Manöver des Hitlerregimes lassen erahnen, von welcher Angst vor dem Wirken und der Wirkung Ernst Thälmanns das deutsche Finanzkapital noch nach 11-jähriger Einkerkerung des Genossen und nach 11-jährigem Bestand der faschistischen Diktatur erfaßt war. Denn Ernst Thälmanns Name stand und steht für proletarische Revolution in Deutschland, für die Entschlossenheit des Proletariats, die Macht der Kapitalistenklasse zu zerschlagen und selbst die politische Macht zu erobern.

Als die Imperialisten den I. Weltkrieg anzettelten, als der imperialistische Massenmord in Europa wütete, die Verräter der 2. Internationale mit fliegenden Fahnen ins Lager des Chauvinismus übergelaufen waren, als die rechten SPD-Führer versuchten, die deutschen Arbeiter mit widerwärtigstem „Hurra-Patriotismus" in den Kampf gegen die ausländischen Klassenbrüder zu hetzen, da war es der Sieg der russischen Oktoberrevolution, der auch für Deutschland die Offensive der proletarischen Revolution einläutete. Munitionsarbeiterstreiks und Massendemonstrationen zunächst, dann Matrosenaufstand in Kiel, in Hamburg und München wehte die rote Fahne, Berlins Arbeiter entwaffneten unter der Führung Karl Liebknechts das Militär. Der deutsche Imperialismus vor dem Abgrund, das deutsche Proletariat zum Sturm angetreten, um ihn endgültig hinabzustoßen. Und doch gelang dem deutschen Proletariat der entscheidende Sieg nicht, konnte der deutsche Imperialismus seine Herrschaft mit Hilfe der sozialdemokratischen Verräter wie Ebert und Scheidemann noch retten. In einer Rede zum 10. Jahrestag der Novemberrevolution stellte Genosse Thälmann klar die entscheidende Ursache für diese Niederlage der deutschen Arbeiterklasse heraus:

„Wie war es möglich, daß trotz aller Voraussetzungen des proletarischen Sieges in den objektiven Kräfteverhältnissen der Revolution noch einmal die Bourgeoisie ihre morsch gewordene, brüchige Klassenherrschaft erneuern, festigen und das Proletariat niederwerfen konnte? Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, in den März-Kämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode im Oktober 1923 – sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiv ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei, andererseits."

Diese bolschewistische Partei des Proletariats zu schaffen, die Lehren der siegreichen russischen Revolution kompromißlos in Deutschland zu verwirklichen, um die deutsche Arbeiterklasse zu befähigen, in der proletarischen Revolution zu siegen – auf diese Aufgabe war jedes Wort und jede Tat des Genossen Thälmann gerichtet.

Einen entscheidenden Sieg hatte die deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution im Kampf gegen den revisionistischen Verrat errungen: am 30. Dezember 1918 entstand – wie Genosse Thälmann es einmal formulierte – *„im Feuer der deutschen Novemberrevolution als wichtigstes Ergebnis der revolutionären Massenkämpfe"* die KPD. Unter der Führung Ernst Thälmanns vereinigte sich 1920 der revolutionäre Teil der Unabhängigen SPD mit der KPD. Das war ein weiterer Sieg über den Revisionismus.

„Es ist notwendig, daß die Partei es in ihrer Arbeit versteht, die höchste Prinzipienfestigkeit (nicht zu verwechseln mit Sektierertum!) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei emporzuheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennendsten Nöte zu erkennen."

Diese Forderung Stalins (12 Thesen zur Bolschewisierung der KPD) könnte als Leitmotiv über den Kampf Ernst Thälmanns stehen. Schonungslos bekämpfte Ernst Thälmann die Brandler-Gruppe, die die KPD in Sachsen in eine Koalitionsregierung mit der SPD und der USPD geführt hatte, aber den Regierungseintritt nicht zur revolutionären Mobilisierung der Massen nutzte, sondern die Illusion in der Partei und der Arbeiterklasse zu verbreiten suchte, der Sozialismus könne durch einen „parlamentarischen Kuhhandel" verwirklicht werden und die das Zusammengehen mit der reaktionären Sozialdemokratie in der Regierung über die Notwendigkeit stellte, in der Arbeiterklasse Klarheit über den imperialistischen Charakter der SPD zu schaffen, um die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Der ganze Verrat dieser Leute wurde 1923 deutlich.

In Deutschland bestand eine revolutionäre Situation. Die Krise des Kapitalismus hatte alle Schichten des werktätigen Volkes bis hin zu Teilen des Mittelstandes und der Beamtenschaft erfaßt. Die Inflation führte dazu, daß die Löhne der Arbeiter, wenn diese Arbeit hatten, nicht reichten, um auch nur das Allernotwendigste zu kaufen. Streikwellen in allen Industriegebieten waren die Antwort der Arbeiterklasse, in Dutzenden Städten war es bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Die KPD beschloß den Aufstand. Der Verrat der Rechten um Brandler, die die Regierungsteilnahme über den möglichen Sieg der proletarischen Revolution stellten, verhinderte den Ausbruch des Aufstandes in ganz Deutschland.

Nur Hamburg rettete unter Ernst Thälmanns Führung die Ehre der deutschen Arbeiterklasse. 3 Tage und 3 Nächte hielten 300 revolutionäre Arbeiter in Hamburg einer Übermacht von 6 000 Mann Polizei, Reichswehr und Marine stand. Erst als klar wurde, daß der Kampf verraten war, daß die Revolution in diesen Tagen des Oktober 1923 nicht mehr siegen konnte, leitete Genosse Ernst Thälmann den Rückzug von den Barrikaden ein. 4 Jahre später schrieb Ernst Thälmann in der „Hamburger Volkszeitung":

„Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sei ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesiegbar. Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Konterrevolution sind dem deutschen Oktober gefolgt. In Polen, in Estland, in Bulgarien standen die Arbeiter auf und wurden geschlagen. Und dennoch werden sie siegen.

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszug der Revolution, nicht nur durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der grossen Lehren, die sie der gesamten Arbeiterklasse einhämmern."



Die Lehre aus dem Hamburger Aufstand – das war vor allem die gebieterische Forderung, alle sozialdemokratischen Überbleibsel und alle sonstigen antibolschewistischen Strömungen innerhalb der KPD auszumerzen. Gegen die rechten und „ultra-linken" Fraktionierungen innerhalb der Partei, die sich vor allem auch in der Führung eingenistet hatten, war Genosse Thälmann der Führer im Kampf für die weitere Bolschewisierung der KPD.

Vor allem galt es in der ganzen Partei gegen alle revisionistischen Strömungen durchzusetzen, daß nur die gewaltsame proletarische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats das Ziel der Kommunistischen Partei sein kann. *„Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden!"* Noch war die KPD wie die SPD hauptsächlich auf Wohngebietsebene organisiert, die Betriebszellen mußten die wichtigsten Anker der Partei in der Arbeiterklasse werden. Unter dem Einfluß ultra-linker Elemente hatten die kommunistischen Arbeiter sich weitgehend aus den reformistischen Gewerkschaften zurückgezogen, den reaktionären SPD-Funktionären das Feld überlassen. Die Gefahr der Isolierung von der Arbeiterklasse drohte. Die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften mußte wieder verstärkt aufgenommen, revolutionäre Flügel mußten aufgebaut, jeder revolutionäre Arbeiter, auch wenn er ein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch in der Tasche trug oder parteilos war, mußte um die Partei geschart werden.

Am 1. Oktober 1925 wird Genosse Thälmann auf der 1. Reichsparteikonferenz zum Vorsitzenden der KPD gewählt. Die rechten und ultra-linken Strömungen waren unter der Führung Ernst Thälmanns in die Defensive gedrängt und weitgehend isoliert worden. In den 8 Jahren bis zur faschistischen Machtergreifung wurde die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns zur größten Sektion der Kommunistischen Internationale außerhalb der Sowjetunion.

Die wachsende Verankerung der Partei in den Massen resultierte aus der Tatsache, daß es die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns immer besser verstand, an den unmittelbaren Interessen der Werktätigen anzuknüpfen, ausgehend von den Notwendigkeiten des Tageskampfes, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Eroberung der politischen Macht zu erklären. Genosse Thälmann gab der Partei das Beispiel. So reiste er, wenn er in einer Stadt sprechen sollte, nach Möglichkeit immer so frühzeitig an, daß er sich gründlich über die besonderen Nöte und Sorgen der Werktätigen, über die besonderen Probleme des Klassenkampfes am Ort informieren konnte. Wenn es hieß: „Ernst Thälmann spricht", dann spürten nicht nur die kommunistischen Arbeiter, daß dort einer von ihnen sprach, dann erkannten auch viele sozialdemokratische und parteilose Kollegen in Teddy den Führer ihrer Klasse.

Da sprach kein SPD-Bonze, der das Blaue vom Himmel versprach, weil er Stimmvieh brauchte, aber mit jedem seiner Worte verriet, daß zwischen ihm und der Arbeiterklasse ein Abgrund klaffte. Wenn Ernst Thälmann redete, dann versammelten sich die Arbeiter, weil sie wissen wollten, wo es lang geht. Und die KPD und Ernst Thälmann wiesen den Weg: im Kampf gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, gegen die nationale Unterdrückung, gegen Faschismus und Krieg, für Sowjetdeutschland.

Je mehr die Klassenwidersprüche sich verschärften, je klarer die Gefahr des Faschismus sich abzeichnete, desto breitere Teile der Arbeiterklasse erkannten, daß nur die KPD wirklich den antifaschistischen Kampf führte, während die revisionistischen Führer der SPD jedes Angebot der KPD und Ernst Thälmanns zu gemeinsamer antifaschistischer Aktion ablehnten und in Wirklichkeit gerade als Wegbereiter des Faschismus arbeiteten.

Die Reichspräsidentenwahl 1932 zeigte das in aller Deutlichkeit. Die revisionistischen SPD-Führer riefen dazu auf, Hindenburg zu wählen und behaupteten, nur so könne die Wahl Hitlers verhindert werden. Die KPD erklärte klar: *„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!"* Die Ereignisse haben gezeigt, daß Hindenburg in der Tat nur der Steigbügelhalter Hitlers war.

Der Wahlkampf des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann wurde zu einem einzigartigen Triumphzug. Stets waren es zigtausend Kollegen, die die Kundgebungen mit Ernst Thälmann besuchten (u. a. Dortmund 50 000, Stuttgart 30 000, Nürnberg 30 000, Frankfurt 50 000). Zu einem besonderen Triumph wurde der Aufmarsch in Wuppertal. Hier wollten die Faschisten mit einer Riesendemonstration ihren Wahlkampf eröffnen. Goebbels sollte sprechen, SA und SS aus den Gebieten Dortmund, Essen, Düsseldorf und Köln sollte anreisen. Die KPD antwortete auf diese Provokation. Einen Tag vor der geplanten Goebbels-Kundgebung sprach Ernst Thälmann in Wuppertal – vor 60 000 Arbeitern. Die Demonstration der Faschisten am nächsten Tag fiel ins Wasser – es waren nur 300 uniformierte SS-ler und SA-ler erschienen. Am Abend tobte Goebbels vor 3 000 bis 3 500 Leuten über den „kochenden, roten Mob".

Die KPD erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 1932 knapp 6 Mio. Stimmen. In vielen Städten war sie die stärkste Arbeiterpartei, sogar die stärkste Partei überhaupt geworden.

Aber Thälmann hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Partei die Arbeiterklasse nur zum Sieg führen kann, wenn sie den Einfluß der Sozialdemokratie zerschlägt. *„Die Sozialdemokratie ist, wie die Komintern auf dem 9. Plenum richtig festgestellt hat, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, das Haupthindernis der proletarischen Revolution in Deutschland und der ganzen kapitalistischen Welt."* Und die SPD erwies sich auch als das Haupthindernis bei der Aufgabe, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Sie schlug alle Angebote zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf in den Wind. Sie erfüllte ihre Aufgabe, als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung die proletarische Revolution und die Kommunistische Partei zu bekämpfen. Sie rettete die Bourgeoisie, indem sie den unter ihrem Einfluß stehenden Teil der Arbeiterklasse mit parlamentarischen Illusionen ideologisch entwaffnete, das Zustandekommen einer geschlossenen revolutionären Klassenfront gegen den Faschismus verhinderte und so dem Faschismus den Weg bereitete.

Nach der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses und dem Verbot der KPD wurde Genosse Thälmann am 3. 3. 1933 verhaftet. Kerker und Folterung konnten ihn nicht beugen. Die Faschisten konnten es noch nicht einmal wagen, ihm den Prozeß zu machen. Am 1. November 1935 hoben sie die Untersuchungshaft auf und nahmen Genossen Thälmann in sogenannte „Schutzhaft". Den heldenhaften Widerstand Ernst Thälmanns im Kerker macht jene Antwort deutlich, die Genosse Thälmann SS-Schergen, die sich mit Hitlers Eroberungen brüsten wollten, entgegenschleuderte: *„Stalin bricht Hitler das Genick!"*

„Sei standhaft wie Thälmann!" – das wurde im antifaschistischen Kampf während des Hitlerregimes zum geflügelten Wort. Sie haben Ernst Thälmann ermordet, aber aus den Kampfreihen des deutschen und des internationalen Proletariats konnten sie ihn nicht reißen. Für die Kommunisten, für die Arbeiterklasse, für das werktätige Volk ist Ernst Thälmann niemals gefallen, lebt er fort. Er geht uns voran, weist uns den Weg, den Weg der proletarischen Revolution, zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Im Geiste Ernst Thälmanns – Vorwärts mit der KPD/ML zur sozialistischen Revolution!

Richterliches Protokoll bestätigt Isolationshaft

Gezwungen durch die wachsende Empörung gegen die Isolationsfolter an politischen Gefangenen haben jetzt ein Richter, ein Staatsanwalt und ein Gefängnisleiter auf Beschluß eines Landgerichts zusammen mit den Rechtsanwälten des Genossen Roland Augustin seine Zelle besichtigen müssen. Das Ergebnis dieses Besuchs straft die Ministerien, die bisher jede besondere Geräuschisolierung der politischen Gefangenen abstritten, Lügen.

In einem richterlichen Protokoll wurde über die Zelle des Genossen Ronald Augustin im toten Trakt des Gefängnisses Hannover festgehalten:

„1. Die Zellen im toten Trakt haben als Fenster ein Betongitter, in das ziegelsteingroße Scheiben eingelassen sind. Allein bei Augustins Zelle ist von innen noch eine zweite, ins Mauerwerk eingelassene schalldämmende Scheibe von 5 mm Dicke eingesetzt. Durch ein zusätzliches Eisengitter wird das ganze Fenster nochmals abgeschirmt.

2. Allein Augustins Zellentür ist von innen durch eine 5 cm hohe Eisenschwelle abgedichtet.

3. Als sich auf Wunsch des Richters Anstaltsleiter und weitere Beamte unmittelbar vor der verschlossenen Zellentür Augustins unterhielten, konnten drinnen Richter und Staatsanwalt kein Wort verstehen.

4. Augustins Zelle liegt wie in einer Sackgasse: niemand geht daran vorbei, nur, wenn sie direkt zu ihm wollen, kommen Leute.

5. Von den Räumlichkeiten unter Augustins Zelle, die Anstalt und Ministerium in der Öffentlichkeit dem Vorwurf der Geräuschisolation entgegengehalten hatten, dringt kein Laut in Augustins Zelle: Als ein schwerer Wagen, wie er zum Transport des Essens verwendet wird, laut scheppernd über den Gang geschoben und ein Eisengitter auf diesem Gang dreimal krachend zugeschlossen wurde, erklärten anschließend Richter, Staatsanwalt und Verteidiger zu Protokoll, daß sie in der Zelle darüber nicht einen Laut vernommen hatten." (Nach einer Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewold, Degenhardt und Köncke).

Genauso mußten Richter und Staatsanwalt zugeben, daß der „Besucherkäfig", in dem Genosse Ronald mit seinen Verteidigern sprechen soll, die Verteidigung praktisch unmöglich macht. Es wurde festgehalten:

„Im Besucherkäfig kann man zwar die Worte seines Gegenübers durch die Trennscheibe verstehen; die Lautstärke ist jedoch erheblich herabgesetzt und der Klang sehr dumpf. Es wurde festgestellt, daß es sehr anstrengend ist, sich auf diese Weise länger zu besprechen. Der für das Durchreichen von Schriftstücken vorgesehene Schlitz in der Trennscheibe ließ nicht einmal dünne Hefter durch."

Mit diesem Protokoll wird durch die Vertreter der bürgerlichen Klassenjustiz faktisch zugegeben, was politische Gefangene, ihre Rechtsanwälte und verschiedene politische Organisationen schon immer nachgewiesen haben: in Westdeutschland werden politische Gefangene systematisch und planmäßig gefoltert. Denn so wie für Genossen Ronald Augustin innerhalb des Gefängnisses wohlüberlegt eine moderne Folteranlage gebaut wurde, so für über hundert andere ebenfalls. Monika Berberich, Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und viele andere mehr sind durch diese Haftbedingungen und der Folter durch andere Formen der Isolierung, durch Mißhandlungen während ihrer monate- und jahrelangen Haft schwer erkrankt.

Nicht umsonst haben die Justiz- und Innenminister bisher versucht, die Bevölkerung über die Bedingungen, unter denen die politischen Gefangenen gehalten werden, zu betrügen. Denn diese Tatsachen zugeben, von denen wissenschaftlich erwiesen ist, daß sie zur psychischen und physischen Zerstörung führen, heißt nichts anderes als zugeben, daß die westdeutsche Bourgeoisie ihre politischen Gegner physisch vernichten will. Heißt nichts anderes als zugeben, daß an über hundert Menschen kaltblütig und wissenschaftlich Schreibtischmord betrieben wird.

Ab sofort gilt als Spendenkonto der KPD/ML zur Unterstützung politisch Verfolgter das unten angegebene Konto. Wir bitten unsere Leser, ab sofort auf das Konto Karin Wagner, Dortmund, keine Beträge mehr einzuzahlen, da dieses Konto nicht mehr weitergeführt wird. Die neue Konto-Nr. lautet:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547

Im Mannheimer Gefängnis wird gefoltert

Der Untersuchungsgefangene Vast, der am 28. 12. 1973 in einer Einzelzelle des Mannheimer Gefängnisses starb, ist von einem Aufseher erschlagen worden. – Das stellte im Juni der „Frankfurter Gefangenenrat" fest. Außerdem prangerte er Mißhandlungen an rund 100 Gefangenen zu Pfingsten dieses Jahres an. Einem amerikanischen Gefangenen zum Beispiel ist danach eine brennende Zigarette im Gesicht ausgedrückt worden. Im gleichen Gefängnis werden seit einem Jahr die Genossen Luther und Achterath in strenger Isolierhaft gehalten.

Diese erneuten Enthüllungen über die Zustände im Mannheimer Gefängnis lösten unter den Gefangenen und in der Bevölkerung eine so große Empörung aus, daß die Justizbehörden in Panik gerieten. Justizminister Bender brach seinen Urlaub ab, sein Ministerialdirektor forderte rasche Erfolge bei der Aufklärung dieser Fälle, denn mit jedem Tag wachse ein generelles Mißtrauen gegenüber den Strafvollzugsbehörden. Im Eilverfahren wurden drei Beamte, die nachweislich drei ausländischen Gefangenen Verbrennungen zweiten Grades und andere Verletzungen zugefügt hatten, aus der Haftanstalt entfernt. Nachdem das Ermittlungsverfahren wegen des Todes von Vast gerade eingestellt worden war, wurde es wieder aufgenommen. Mit all diesen Maßnahmen schaffte es die bürgerliche Klassenjustiz allerdings noch nicht einmal, die bürgerlichen Journalisten, die eilends zu einer Pressekonferenz zusammengetrommelt worden waren, zu beruhigen: „Justizminister: Allenfalls drei Insassen mißhandelt – also doch untragbare Zustände in Mannheimer Vollzugsanstalt" heißt zum Beispiel die Überschrift eines Artikels im „Mannheimer Morgen". Auf der Pressekonferenz wollten Journalisten angesichts der Ankündigung erneuter Ermittlungen wegen des Todes von Vast wissen, weshalb es denn bis jetzt noch nicht möglich war, unter den elf Aufsehern, die für eine Täterschaft in Frage kämen, den Täter zu ermitteln.

Noch weniger allerdings wird es Justizminister Bender gelingen, die Mannheimer Werktätigen, die gerade erst mit dem Polizeimord an Hans-Jürgen Remiszko erlebt haben, wie die staatlichen Gewaltorgane gegen die Bevölkerung vorgehen, davon zu überzeugen, daß es hier um Übergriffe einzelner Beamter geht. Der Wirbel, den die hessischen Justizbehörden jetzt entfacht haben, beweist nicht ihr Interesse an der Bestrafung der Täter, wie sie sagen, sondern einzig und allein, daß sie sich auf frischer Tat ertappt fühlen bei ihrem Terror im Dienst der herrschenden Klasse.

Von der Polizei bis in die Wohnung verfolgt und mißhandelt

„Am Sonntag war ich mit meinem Bekannten Horst U. beim Stock-Car-Rennen in Garbsen. Als wir vom Platz fuhren, riß der Auspuff des Autos durch einen zu hohen Bordstein ab. Wir sind also mit lautem Geknatter nach Hause gefahren. In unserer Straße regte sich ein Mann mit Namen Niemann über den Lärm auf. Er rief die Polizei an und sagte, daß dort ein Betrunkener fahren würde. Wozu ich bemerken möchte, daß H. U. im Laufe des Nachmittags ein Bier getrunken hat.

Eine halbe Stunde später kamen zwei Polizisten, die H. U. aufforderten, ins Röhrchen zu pusten. H. U. weigerte sich, weil wir in der Zwischenzeit zu Hause getrunken hatten. Die Polizisten wurden dann in meiner Wohnung handgreiflich und wollten H. U. mit Gewalt mitnehmen. Ich wies ihnen die Tür, worauf sie aber nicht reagierten und auf H. U. einschlugen. Dieser wehrte sich so gut es ging und kam in die Wohnung zurück. Einer der beiden Beamten zog seine Pistole, richtete sie danach auf H. U.

Nach etwa fünf Minunten kamen drei Mann zur Verstärkung. Beim Aussteigen aus ihrem Auto holten sie schon ihre Knüppel und stürmten die Treppe rauf. Ohne zu klingeln oder sich sonst irgendwie bemerkbar zu machen, brachen sie sofort meine Wohnungstür auf. Ich ging hin und fragte, was das solle, da schubste mich der eine ins Badezimmer. Die anderen 4 gingen auf H. U. los mit ihren Knüppeln und bearbeiteten ihn damit. Als ich die Badezimmertür wieder öffnen wollte, schlug ein Beamter mit dem Gummiknüppel durch den Türschlitz und sperrte die Tür von draussen ab. Dann gingen alle auf H. U. los, verprügelten ihn, schmissen ihn die Treppe von der zweiten Etage bis ins Parterre hinab, wobei sie aber nicht vergaßen, weiter auf ihn einzuschlagen.

Unten war H. U. schon bewußtlos, trotzdem haben sie ihn weitergeschleift und geprügelt. Nach etwa 15 Metern ließen sie ihn fallen. Einer holte einen Schlagring aus der Tasche und schlug ihm damit ins Gesicht. Ein anderer ging dazwischen und sagte: „Laß das sein, sonst kriegen wir Ärger." Die anderen drei schlugen derweil mit ihren Knüppeln weiter. Dann faßten sie H. U. an die Füße und schleiften ihn auf dem Kopf noch etwa 20 Meter weiter bis zum Auto. Dann schmissen sie ihn in den Streifenwagen, legten Handschellen und Fußfesseln an. Zwei schlugen durch die noch offene Tür und Fenster weiter. Auf dem Revier Garbsen (ein Vorort von Hannover – RM) warfen sie ihn in eine Zelle, schlugen ihn weiter und sagten immer wieder: „Dich kriegen wir schon, wir sind schließlich Garbsener Polizisten."

Ich fuhr mit den Eltern von H. U. zum Revier und nach einer Stunde etwa ließen sie ihn raus. Die Schuhe lagen verstreut herum, die Kleidung war gänzlich zerrissen und die Uhr kaputtgeschlagen. Er hatte keine Stelle am ganzen Körper, die heil war. Außerdem waren Nase, Mund, Augen dick geschwollen und blaulila. Der übrige Körper hatte eine Färbung von rot-lila-blau und von Hautabschürfungen gar nicht zu sprechen. Wir konnten ihn dann mitnehmen und brachten ihn ins Krankenhaus, wo auch noch eine schwere Gehirnerschütterung und ein Nasenbeinbruch festgestellt wurde. Nun frage ich mich, woher nehmen die fünf Polizisten, Polizeiobermeister Mannstein, Polizeiobermeister Schiller, Polizeiobermeister Schulz, Polizeiobermeister Daniellson und Polizeimeister Becker das Recht, einen Menschen, der nichts getan hat, so zu foltern und zu schlagen? Sind das noch Menschen? Das sind Schweine in Menschengestalt. (...) Pfui, kann ich da nur sagen, das sind Methoden, schlimmer als im Dritten Reich."

★ ★ ★

Wir, Genossen der KPD/ML in Hannover, haben Brigitte B., die diesen Leserbrief an „Rundblick", eine Stadtteilzeitung in Hannover geschrieben hat, in dem Arbeiterviertel Garbsen besucht. Wir wurden sehr freundlich empfangen. Sie erzählte, daß ihr Bekannter mehrere Tage lang im Krankenhaus liegen mußte. Aber damit nicht genug. **Inzwischen hat er auch noch eine Anzeige erhalten wegen „Trunkenheit am Steuer, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Sachbeschädigung". Sie selber bekommt ein Verfahren wegen „Verleumdung" und „übler Nachrede".** Sofort nach Brigitte B.'s Leserbrief in der Zeitung erschienen war, erhielt sie Briefe aus der Bevölkerung. Mehrere Leute wandten sich an sie, denen Ähnliches passiert war. Auch ihre ausländischen Hausnachbarn hatten die Unterdrückung zu spüren bekommen. Als sie in einem ähnlichen Fall einmal als Zeugen vor Gericht aussagen wollten, hieß es dort: „Ausländer kann man bekanntlich kaufen."

Brigitte B. und andere Bewohner von Garbsen haben jetzt beschlossen, sich gegen die Brutalität der Polizei zusammenzuschließen.

Wir haben ihr abschließend den ROTEN MORGEN über den Tod von Günter Routhier gegeben und ihr erzählt, wie die Polizei gegen Kommunisten und andere klassenkämpferische Kollegen vorgeht. Sie war daran sehr interessiert. Wir werden weiter mit ihr in Verbindung bleiben.

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

Unverschämte Verurteilung der 'ROTEN FAHNE', Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs

Die ROTE FAHNE, das Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs, wurde von einem österreichischen bürgerlichen Klassengericht zu 15 000 Schilling Strafe und verschiedenen anderen Schikanen verurteilt. Worum ging es in diesem Prozeß ?

Im Sommer 1970 fand in Mürzzuschlag ein Ferienlager von jungen revolutionären Arbeitern und Studenten statt, das von einer faschistischen Schlägerbande der NDP, des österreichischen Anhängsels der westdeutschen NPD, überfallen wurde. Dieser Überfall wurde von den österreichischen Faschisten u.a. vom Jagdsitz des sattsam bekannten westdeutschen Großkapitalisten Horten aus gestartet. Die ROTE FAHNE hatte damals von dieser faschistischen Provokation berichtet. Der NDP-Chef Burger, der persönlich diesen Schlägerhaufen angeführt hatte, besaß dann noch die Dreistigkeit, einen Prozeß wegen "Presse-Ehrenbeleidigung" gegen den verantwortlichen Redakteur der ROTEN FAHNE, Genossen Peter Tesinsky, und Genossen Franz Strobel als Herausgeber zu führen, weil er in dem genannten Artikel als "Faschist" und "Faschistenhäuptling" bezeichnet worden war.

In der Urteilsbegründung des österreichischen Richters reiht sich eine Ungeheuerlichkeit an die andere, wofür die ROTE FAHNE Nr. 153 viele Beispiele anführt. So ergeht sich die Urteilsbegründung in wahre Lobgesänge über die angeblich so demokratische NDP, die doch so voll auf dem Boden der österreichischen Bundesverfassung stehe und sich zur "Rechtsstaatlichkeit" bekenne. Die von Burgers NDP und auch von ihm selber betriebene nationalsozialistische Propaganda für einen Anschluß Österreichs an Deutschland war für den Richter ebenso wenig faschistisch wie die Blut- und Boden-Ideologie, mit dem solche Versatzstücke faschistischer Überzeugung von der NDP begründet werden. Faschistische Sprengstoffanschläge Burgers in Südtirol sind nach der Meinung des Richters "Hilfsaktionen" für jemanden, der sich in "Notwehrsituation"(!) befindet.

Selbstverständlich ist sich das Gericht einig mit Burger und der ganzen Faschistenbande der NDP, wenn diese den Klassenkampf, den Marxismus und Revolutionen in jeder Form ablehnen. Das alles sind ja auch die Ziele des österreichischen Parlamentarismus.

Ein anderer Gesichtspunkt der Urteilsbegründung verdient es, besonders hervorgehoben zu werden. Da heißt es nämlich, daß "führende Männer linker Bewegungen, insbesondere diejenigen des kommunistischen Lagers, einander eine sogenannte "faschistische" Einstellung immer dann vorwerfen, wenn sie beim anderen Tendenzen einer Abweichung nach rechts bzw. den sogenannten Revisionismus erkannt zu haben glauben." Damit schwingt sich das bürgerliche Klassengericht offen zu einem Verteidiger des Revisionismus als Wegbereiter des Faschismus auf. Ist etwa die sozialimperialistische Sowjetunion nicht ein sozialfaschistischer Staat, der Sozialismus nur in Worten, Faschismus aber in der Tat betreibt ?

Burger hatte noch am Ende des 2. Weltkrieges an der Ermordung von 3 Antifaschisten teilgenommen. Dazu das Gericht: "Dieses HJ-Kommando eskortierte Sommer (einen der 3 ermordeten Antifaschisten) zum Hauptplatz,wo dann der Galgen errichtet wurde. Alle Mitglieder des HJ-Kommandos legten bei der Errichtung des Galgens mit Hand an, darunter auch der Privatkläger (Burger)... Jedenfalls hat sich der Privatkläger in **keiner Weise** als aktiver Nationalsozialist hervorgetan, sondern er ist ausschließlich den ihm erstatteten Befehlen im Rahmen der damaligen militärischen Organisation nachgekommen."

Insgesamt kam das österreichische bürgerliche Klassengericht zu der Schlußfolgerung, daß die Meinungen der NDP und ihres Oberfaschisten Burger ja auch bei anderen politischen Gruppen und Richtungen vertreten seien, und deshalb nicht von ,typisch faschistischen Ansichten' gesprochen werden dürfe. Endergebnis der ganzen "Rechts-Farce" die ROTE FAHNE wurde verurteilt.

Dieses Urteil ist eine Ungeheuerlichkeit und eine Provokation für jeden Antifaschisten und Kommunisten. Die ROTE FAHNE schreibt dazu abschließend: "Auch wenn dieser Wahrheitsbeweis (für den faschistischen Charakter der NDP und ihres Hauptantreibers Burger, RM) natürlich nicht die Zustimmung des Klassengerichts fand, . . . ist er in politischer Hinsicht sogar zweifach gelungen: Er hat nicht nur an Hand vieler Fakten noch klarer gemacht, was die NDP ist und welchen Zwecken sie dient, sondern er hat - was noch weit wichtiger und wesentlicher ist - **den "demokratischen" und "objektiven" Deckmantel der kapitalistischen österreichischen Justiz in einer wichtigen Frage zerrissen und sie gezwungen, ihre wahre Farbe zu zeigen." Die KPD/ML bekundet ihrer österreichischen Bruderpartei und den Genossen Strobel und Tesinsky ihre Solidarität**

HÄNDE WEG VON DER ROTEN FAHNE !

Täglich Gefahr eines neuen Unglücks auf Zeche Gneisenau

"Am Ende sind noch die Toten schuld..."

Vor vier Wochen kam es auf der Zeche Gneisenau in Dortmund zu einer schweren Gasexplosion, bei der zwei Kumpel getötet, mehrere verletzt und die anliegenden Häuser und Wohnungen in ein Trümmerfeld verwandelt wurden. „Über die Ursache der Explosion kommt so und so nichts heraus. Am Ende sind noch die Toten schuld. Und alles geht wieder von vorne los" – das sagten damals Bewohner des Zechenviertels Derne einem Genossen des ROTEN MORGEN. Und genauso ist es gekommen.

Spricht man heute mit den Kumpels der Zeche Gneisenau, so spürt man, daß ihre Erbitterung eher noch größer ist als in den Tagen direkt nach dem Unfall. Viele, die damals noch geglaubt haben mögen, jetzt, nachdem ein Arbeiter und ein Praktikant den Tod gefunden haben, müßte sich doch etwas ändern, müßten die Zechenherren zur Besinnung kommen, sehen jetzt, daß das genaue Gegenteil der Fall ist. Die Zechenherren hatten nach dem Unglück nur eins im Sinn: die Produktion so schnell wie möglich wieder anzukurbeln und die Unfallursache zu vertuschen. Die Sicherheit der Kumpel ist ihnen egal. Ihr Leben ist heute mehr gefährdet als vor dem Explosionsunglück.

Seit der Explosion müssen die Kumpel unter Tage in regelrechten Gasschwaden arbeiten, so daß ihnen speiübel ist. Abgefackelt wird nur, wenn es gar nicht mehr anders geht. Das bedeutet nichts anderes als ständige Lebensgefahr für sie. Die Überschichten und die Urlaubsstreichungen nach dem Unglück – sie dienten allein dazu, so schnell wie möglich die alte Produktionsleistung wieder zu erreichen. Die Reviere vom Gas zu säubern, dafür hatte die Zechenleitung keine Leute. Beschwerden der Kumpel nützen nichts. Sie werden abgewimmelt wie am Tag der Explosion.

An diesem Tag bestand noch bis mittags Explosionsgefahr für den großen Gasometer, nur wenige Meter von der Niederdruck-Gasreinigungsanlage entfernt. Eine Explosion des Gasometers hätte gleichzeitig die Luftversorgung unter Tage lahmgelegt – rund 2 000 Kumpel hätten ersticken können. Verschiedene Kollegen haben an diesem Tag oben angerufen und gefordert, daß die gesamte Frühschicht wieder ausgefahren werden müsse. Aber da wurde nur beschwichtigt und abgewimmelt – die Produktion für den „lausigen Profit", wie sich ein Kollege ausdrückte, mußte weiter auf Hochtouren laufen.

Genauso empört wie über diese rücksichtslose Gefährdung ihres Lebens sind die Kumpel über die Methoden, mit denen die Zechenherren versuchen, die wirkliche Ursache der Explosion zu vertuschen. Offiziell wird gesagt, die Unfallursache sei nicht klar. Aber hintenherum, da wird das Gerücht gestreut, vielleicht habe ja der türkische Kollege, der durch die Explosion getötet worden war, mit einer brennenden Zigarette die Explosion ausgelöst.

Auf dem Pütt finden solche infamen Gerüchte allerdings wenig Glauben. Die Kumpel haben selber Nachforschungen angestellt und sich ihre eigenen Gedanken gemacht. Für die wahrscheinlichste Ursache des Unglücks halten viele, daß ein heißgelaufener Kompressor in der Kokerei die Explosion ausgelöst hat. Jeder weiß schließlich, daß die Anlagen hier schrottreif sind, teilweise noch von 1926, daß für die Wartung und Kontrolle der Anlagen kein Geld, keine Zeit und keine Leute da sind. Die Produktion läuft schließlich auch so und die Gefährdung der Kumpel interessiert die Zechenkapitalisten nicht. Noch heute besteht in der Kokerei eine hohe Explosionsgefahr, wird die Anlage nicht richtig nachgesehen. Ein Funke kann eine neue Explosion auslösen.

Ein Kumpel der Zeche Gneisenau schrieb an den ROTEN MORGEN, was viele über die Ursache des Unglücks denken:

„Führte die Nichteinhaltung der Sicherheitsbestimmungen zur Explosion in der Gasfilteranlage der Kokerei Gneisenau Mitte Juli dieses Jahres? Diese Frage kann man angesichts der augenblicklichen Situation auf dem Stahlmarkt und der damit verbundenen regen Nachfrage nach Koks und Kokereierzeugnissen mit Bestimmtheit bejahen. Es ist geradezu eine Binsenwahrheit, daß gerade dann, wenn die Produktion gesteigert werden soll, um der Nachfrage Herr zu werden, der Faktor Sicherheit in der Produktion allzu oft außeracht gelassen und in den Hintergrund gedrängt wird. Zwei Menschen mußten sterben, mehrere zogen sich Verletzungen zu, und ein ganzer Ortsteil schwebte mehrere Stunden in Angst und Schrecken vor einer noch größeren Katastrophe – das Ausmaß wäre nicht abzusehen gewesen, wäre der Gasbehälter ebenfalls explodiert – weil eventuell hier verantwortliche Personen es mit den Sicherheitsvorkehrungen nicht so genau nahmen und zwar wegen der Steigerung der Produktion und des damit selbstverständlich steigenden Profits."

Aber die Kumpel haben nicht nur nach den Schuldigen für das Unglück geforscht. Sie haben sich auch bemüht – empört darüber, daß sowohl Zechenleitung als auch bürgerliche Presse zwar über den toten Praktikanten schrieben, den türkischen Kollegen aber noch nicht einmal mit Namen erwähnten – genaueres über die letzten Minuten ihres Kollegen Amed Ülü zu erfahren. Unter den Kumpels wird darüber folgendes erzählt:

Wie allgemein bekannt, hat man die Leiche von Amed Ülü auf einem naheliegenden Dach gefunden. Er hatte keine äußeren Verletzungen. Die Druckwelle hatte ihm die Lunge zerrissen. Die Kollegen vermuten nun, daß er im letzten Moment, als sein Leben schon in Gefahr war, versucht hat, einen defekten Schieber, der eigentlich automatisch funktionieren müßte, zu schließen. Damit hätte der Kollege Amed Ülü unter Einsatz seines Lebens das Durchschlagen der Explosionsflamme zum Gasometer verhindert und so das Leben vieler seiner Kollegen gerettet.

Ob das tatsächlich so war, das wird sich nicht mehr genau beweisen lassen. Aber das ist im Grunde auch nicht so wichtig. Das Entscheidende ist, daß verschiedene Kollegen der Zeche Gneisenau die Verleumdungen gegen ihren türkischen Kollegen als einen Angriff auf alle Kumpel, auf ihre Klasse gesehen, sich zusammengeschlossen haben und aktiv geworden sind, um nicht nur die Schuld der Zechenherren an dem Unglück zu beweisen, sondern gleichzeitig für die Ehre ihrer Klasse einzutreten.

Die Grundlage, auf der das geschah, ist die jahrelange Erfahrung der Kumpel im Kampf gegen das Zechenkapital. Fast jeder weiß, was Amed Ülü heute passiert ist, kann dir genauso gut morgen passieren.

So sprach ein Genosse der KPD/ML mit einem Kumpel, der ihm erzählte, daß nicht nur in der Kokerei, sondern praktisch überall auf der Zeche mit Leben und Gesundheit der Kumpel Schindluder getrieben wird. So haben zum Beispiel auch die Gleise unter Tage, auf denen die schweren Kohle- und Gesteinswaggons, aber auch Kumpels fahren, Schrottwert. Viele Gleise liegen schon länger als zwanzig Jahre. Reparaturen werden – wie mehrere Kollegen berichten – nur in dem Umfang durchgeführt, daß die Güterförderung gerade noch aufrechterhalten werden kann. Kritiken und Beschwerden der Lokführer werden von den zuständigen Stellen mit einer Handbewegung und billigen Ausflüchten abgetan. Die für die Sicherheit der Bahnanlagen notwendigen Samstags- und Sonntagsschichten wurden gestrichen. Ähnliches gilt für die Seilbahnen, besonders für deren Bremsen und Verankerungen. So gibt es Schienen, deren Spurbreite sich von 56-58 cm auf 60-62 cm erweitert hat. Aber da wird nichts repariert. Stattdessen wurden Spreizen geschlagen, die die Spur auf der notwendigen Breite halten sollen. Ein Kollege dazu: „Da gibt es nur eins: die Weiche halb aufmachen und mit dem Diesel voll drauf, die Weiche zu Schrott fahren. Dann kann man hoffen, daß sie richtig in Ordnung gebracht wird."

Die Kollegen sehen in solchen Maßnahmen natürlich nicht die Lösung für ihre Probleme. Sie haben schließlich kein Interesse daran, die Werte zu zerstören, die ihre Väter aufgebaut haben. Wenn sie solche Gedanken aussprechen, dann deshalb, weil ihnen der Weg, wie sie die Ausbeutung, Unterdrückung und die tägliche Gefährdung ihres Lebens für den Profit der Zechenherren abschaffen können, noch nicht klar ist. Sozialismus? Kampf für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats? Für viele Kollegen, mit denen die Genossen der KPD/ML sprachen, heißt das noch: DDR. „Auf *den* Sozialismus können wir verzichten und an einen anderen glaube ich nicht. Nimm mir das nicht übel. Wir können aber schon darüber reden, was ihr von der KPD/ML wollt", sagte einer der Kumpel.

Die Dortmunder Genossen der KPD/ML sagten uns, daß sie weiter mit diesem und anderen Kumpels sprechen werden. „Wir werden ihnen sagen, genau wie sie auch sehen, daß die Arbeiter in der DDR unterdrückt und ausgebeutet werden, daß der Grund dafür im Verrat der Ulbricht und Honecker am Sozialismus liegt, darin, daß heute in der DDR nicht mehr sozialistische, sondern kapitalistische Verhältnisse herrschen. Wir werden ihnen genau sagen, daß mit dem Verrat der modernen Revisionisten nicht der Sozialismus unmöglich geworden ist. Er existiert in China und Albanien. Er wird unter der Führung der Partei auch in Deutschland errichtet werden."

VERANSTALTUNGSREIHE:

Kampf der politischen Unterdrückung

In der Zeit vom 19.7. bis 28.7. führte der Landesverband Südwest der KPD/ML in insgesamt 6 Orten eine Veranstaltungsreihe: „Kampf der politischen Unterdrückung! Nieder mit den Roten-Antikriegstagsprozessen!" durch. Konkreter Anlaß waren die in Kürze anstehenden Prozesse gegen die beiden Kämpfer des Roten Antikriegstags Genosse Schorsch Schmidt, LV-Vorsitzender, verurteilt zu 18 Monaten ohne Bewährung und Genosse Peter Beyer, verurteilt zu 12 Monaten ohne Bewährung.

Auf Plakaten und Flugblättern wurde zu diesen Veranstaltungen eingeladen. Genosse Schorsch Schmidt hielt die Rede: Kampf der politischen Unterdrückung! Tod dem Faschismus! – in der die Entwicklung des Imperialismus, die daraus hervorgehende Verschärfung des Klassenkampfes und die Unausweichlichkeit der bewaffneten Revolution. Genosse Schorsch betonte, daß das Proletariat in diesem Kampf die bolschewistische Partei braucht. Ohne ihre Führung kann die Revolution nicht erfolgreich durchgeführt werden. Er erklärte die Linie der Partei im Kampf gegen die Faschisierung und entlarvte die schändliche Rolle der D'K'P-Revisionisten als Wegbereiter des Faschismus.

Der AP-Trupp Roter Sturm trat mit einem Programm auf: Krieg dem imperialistischen Krieg.

Genosse Peter Beyer ging in seiner Rede „Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz" näher auf den Kampf der Partei vor den Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz ein. Er zeigte, daß die Frage Recht oder Unrecht, Schuld oder Unschuld immer eine Klassenfrage ist, daß der Gerichtssaal von der Partei immer zur Tribüne des Klassenkampfes gemacht wird, daß die Partei so mit ihren politischen Prozessen der Bourgeoisie große Schläge versetzen kann.

Insgesamt kamen zu den Veranstaltungen etwa 250 Personen, unter ihnen viele neue Gesichter. Es wurden rund 800 DM für die Partei gesammelt. In Mannheim wurden zusätzlich 130 DM zur Unterstützung der Familie des von der Polizei erschossenen Hans-Jürgen Remiszko gesammelt. Einstimmig wurde in einer Resolution dieser erneute Polizeimord verurteilt.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ◯ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf , ...

Postleitzahl/Ort ....

Straße..........

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen ‚Roter Morgen', Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen ‚Roter Morgen', Stresemannstr. 110. Tel 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL:
Buchladen ‚Roter Morgen', Reeperbahn 13. Tel: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen ‚Roter Morgen', Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen ‚Roter Morgen', 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen ‚Roter Morgen', Haußmannstr. 107. Tel: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen ‚Roter Morgen', 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel: 462 60 18. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14. 00 Uhr.

Parteiveranstaltungen

LÜBECK:
Am 18. 8. 1974 findet in der Gaststätte „Alt Marli", Lübeck, Kottwitzstr., 19 Uhr, eine Veranstaltung der KPD/ML statt. Thema: Unterstützung der spanischen Revolution.

HAMBURG:
Am 17. 8. 1974 findet um 10 Uhr eine Demonstration der KPD/ML anläßlich des 30. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns statt. Aufstellung: 9.30 Uhr U-Bahnhof Osterstr./Heußenweg; Abschlußkundgebung: Tarpenbekstr./Kegelhofstr. Es spricht: ERNST AUST.

MANNHEIM:
Am 18. 8. findet in Mannheim eine Veranstaltung der KPD/ML zum 30. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmann statt. Gaststätte „Concordia", Langstr.